Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 146. Sonnabend, den 26. Juni 1897. 4. Jahrgang.

Mitbürger! Genossen! Agitirt eifrig für die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen!

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 24. Juni 1897

286. Sitzung.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Am Bundesrathstisch: v. Bötticher, Brefeld.

Die dritte Berathung der Handwerkervorlage wird fortgesetzt.

Es wird zunächst ein Antrag Auer u. Gen. (SD.) zur Debatte gestellt, welche in einem Artikel 10 Schutzbestimmungen für die Konfektionsarbeiter treffen wird. Es sollen die Schutzbestimmungen der Regierungsvorlage, welche die betr. Kommission in dieser Tagung nicht mehr erledigen will, in die Vorlage aufgenommen werden. Es soll durch Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln eine Sicherstellung der Arbeiter bewirkt werden. Ferner soll einer Ueberlastung der Werkstättenarbeiter dadurch vorgebeugt werden, daß die Mitgabe von Hausarbeit an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter, welche in Fabriken und Werkstätten länger als sechs Stunden täglich beschäftigt sind, durch Bundesrathsbeschluß verboten werden kann. Kinder unter 13 Jahren sollen in der Heimarbeit nicht beschäftigt werden dürfen, Kinder über 13 Jahren nur dann, wenn sie nicht mehr zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind. Endlich soll im Krankenversicherungsgesetz zusätzlich bestimmt werden, daß außer im Wege der ortsstatutarischen Bestimmungen durch Beschluß des Bundesrathes auch die Werkstättenarbeiter der Krankenversicherung unterstellt werden können. Der auf die Arbeitgeber entfallende Theil der Beiträge für die Hausgewerbetreibenden soll nicht von den Zwischenmeistern, sondern von den Inhabern der Konfektionsgeschäfte getragen werden.

Präsident v. Buol hebt hervor, das es zweifelhaft sei, ob die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes in die Gewerbeordnung gehöre.

Molkenbuhr (TD.): Die Begründung kann kurz sein, denn die Materie dieser Anträge ist oft und eingehend diskutirt worden. Es ist dem Reichstage vor ganz kurzer Zeit ein Entwurf zugegangen, der schreiende Mißstände mildern soll, die sich namentlich beim Konfektionsarbeiterstreik herausgestellt haben. Die Erledigung dieses Entwurfs war bei der Geschäftslage des Hauses nicht mehr möglich und müßte nun vielleicht auf lange Zeit hinaus vertagt werden. Wer den Streik der Konfektionsarbeiter s. Z. verfolgt hat und sich der damaligen Debatten hier im Hause erinnert, wird wissen, wie groß die vorhandenen Mißstände sind. Sie sind zum Theil darin begründet, daß die Arbeiter häufig Arbeiten übernehmen müssen, ohne vorher zu wissen, wie hoch der Lohn dafür ist. Das Berliner Gewerbegericht hat es für wünschenswerth erklärt, daß zur Vermeidung von Streitigkeiten von vorherein ein schriftlicher Vertrag geschlossen wird. Eine gesetzliche Handhabe, einen solchen zu erzwingen, ist bisher nicht vorhanden. Diesem Uebelstand hat die Regierung abhelfen wollen durch eine Ergänzung der Gewerbeordnung in dem Sinne, daß durch Verfügung des Bundesraths die Ausgabe von Lohnbüchern und Arbeitszetteln vorgeschrieben werden könne, welche gleichzeitig den Arbeitslohn und die Arbeitsbedingungen angeben sollen. Das Streben der Arbeiter, daß gleichzeitig ein allgemeiner Lohntarif ausgehängt werde, ist für unerfüllbar erklärt worden. Das mag ja in der That nicht bei allen Geschäften möglich sein, aber in einem großen Theil der Konfektion handelt es sich um ganz stereotype Arbeit, für die die Unternehmer sehr gut von vornherein den Lohnsatz kalkuliren können. Es würden dann Verhältnisse vermieden werden, wobei der Unternehmer in Folge ungenügender Kalkulation in die Lage kommt, nachträglich entweder die Arbeiter mit Hungerlöhnen abzuspeisen, oder selbst erheblichen Schaden zu erleiden. Die Aushängung der Lohntarife würde diese Schäden in vielen Fällen verhindern. Es würde den fortwährenden Veränderungen in den Lohnsätzen ein Riegel vorgeschoben werden. Bei vielen Fabrikanten ist die Praxis eingerissen, daß sie, statt den Arbeitern zu sagen, sie würden in Zukunft so und soviel weniger für die Arbeit geben, andere Arbeiter für einen geringeren Lohn annehmen und wenn sie diese in genügender Zahl gefunden haben, zu den alten Arbeitern sagen: Ihr könnt nun gehen, oder Ihr müßt die Arbeit zu demselben Preise machen, den wir den neuen Arbeitern geben. Solche Lohnabzüge sind mir in meiner Praxis als Zigarrenarbeiter selbst bekannt geworden Ist ein allgemeiner Lohnaushang vorhanden, dann wird auch den neuen Arbeitern sofort klar werden, daß sie für einen billigeren Lohn arbeiten sollen, als bisher gezahlt worden ist, und solche Lohndrückereien werden vermieden werden, wie auch der Mißstand, daß zum Zweck des Lohndrucks so und so viel Arbeiter eine Arbeit verlieren, die sie seit Jahren gehabt haben. Aus diesem Grunde könnte unser Antrag angenommen werden und wäre wohl durchführbar. Der Bundesrath könnte immer noch einzelne Fälle bestimmen, in denen der Aushang eines solchen allgemeinen Lohntarifs nicht möglich ist. Unmögliches wird er nicht vollbringen wollen; wenn auch die Mißstände dadurch nicht vollständig beseitigt werden könnten, so könnte doch viel zu ihrer Milderung geschehen. Deshalb empfehle ich Ihnen unsere Anträge. (Beifall b. d. Sozialdemokraten.)

Freiherr v. Hertling (Z.) erklärt als Vorsitzender der Kommission, die sich mit dem Konfektionsarbeiterschutz zu befassen hatte, daß sich die Arbeit nicht kurzer Hand erledigen ließ und daß die Regelung der Materie deshalb bis zum Herbst verschoben werden müsse. Die Nothwendigkeit einer eingehenden Kommissionsberathung habe auch der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion in der Kommission, Molkenbuhr, anerkannt. Auf die Regelung der Materie, wie sie der vorliegende Antrag gebe, kann das Zentrum nicht eingehen So wichtige Dinge lassen sich nicht kurzer Hand bei der 3. Lesung erledigen.

Heyl von Herrnsheim (NL) lehnt die sozialdemokratischen Anträge ab, da sie nicht weit genug gingen (Lachen bei den Sozialdemokraten), nicht einmal alle nationalliberalen Anträge zum Konfektionsarbeiterschutz enthielten und nicht auf der Höhe der europäischen Gesetzgebung über die Heimarbeit ständen. Die Nationalliberalen könnten es auf keine Weise mit ihrem Gewissen vereinbaren, für Anträge zu stimmen, die nicht den Wünschen der Arbeiter entsprechen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Kommission wäre bereit, ihre Arbeiten fortzusetzen, wenn das dem Wunsche des Reichstages entspräche. Wir lehnen es aber ab, die Sache in so überstürzter Weise hier im Plenum zu regeln.

Gamp (RP.): Wir sind bereit, alle Mißstände in der Konfektion zu beseitigen, wir müssen es aber ablehnen, dem Bundesrath so weitgehende Befugnisse einzuräumen, wie es der Gesetzentwurf der Regierung verlangt. Die Vorlage ist deshalb einer Kommission überwiesen worden. Wir lassen uns jedoch nicht darauf ein, bei dieser Gelegenheit die Materie zu regeln, wie es die Sozialdemokraten wünschen.

v. Levetzow (K): Der Reichstag hat die Absicht, seine Geschäfte in dieser Woche zu erledigen. Es geht nicht an, daß diese Absicht in letzter Stunde durchkreuzt wird Auch wir halten Schutzbestimmungen für die Konfektionsarbeiter für nothwendig; die Vorlage der Regierung muß aber einer sorgfältigen Prüfung in der Kommission unterworfen werden. Da die Geschäftslage diese Prüfung jetzt unmöglich macht, muß die Angelegenheit vertagt werden.

Singer (SD.): Ich kann mich darauf beschränken, einige Einwendungen gegen unseren Antrag, die hier vorgetragen sind, zu widerlegen. Freiherr v. Hertling hat auf eine Aeußerung unseres Vertreters in der Kommission Bezug genommen. Molkenbuhr hat nur zugeben, daß die ganze Kommissionsarbeit in der That pro nihilo wäre, wenn der Reichstag inzwischen die Session schließe. Wäre Aussicht vorhanden, die Regierungsvorlage über den Konfektionsarbeiterschutz im Plenum noch zu verabschieden, so wäre es ihm gewiß nicht eingefallen, auf die Arbeit zu verzichten. Wir haben unsere Anträge wirklich nicht aus agitatorischen Gründen eingebracht, wie uns Herr von Heyl unterschiebt. Anträge, die ein so bescheidenes Minimum verlangen, haben keinen großen agitatorischen Werth. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben es nur gethan, damit den Konfektionsarbeitern wird, was ihnen zugesagt worden ist. Mögen die Herren ihre Sehnsucht nach der Sommerfrische doch auf einige Tage verschieben; (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) dann könnte das, worüber alle Parteien einig sind, in die Gesetzgebung aufgenommen werden. Das wollen unsere Anträge. Nun hat sich Herr v. Heyl auf den radikalen Sozialreformer hinausgespielt. Er verwirft unsere Anträge, weil sie ihm nicht weit genug gehen. (Heiterkeit.) Etwas komischeres aus nationalliberalem Munde habe ich noch nicht gehört! (Lebhafte Heiterkeit.) Als ob wir nicht wüßten, daß es grade die Nationalliberalen waren, die alle Anträge auf Besserung der Lage der Arbeiterklasse zu hintertreiben versucht haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) War nicht zu der Zeit des sozialreformerischen Aufschwunges ein nationalliberaler Herr die treibende Kraft in der sogenannten Verschlechterungskommission? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Glauben Sie wirklich, daß es Leute giebt, die da meinen, daß die Gründe, die Herr von Heyl für die ablehnende Haltung seiner Fraktion angeführt hat, die wirklich maßgebenden sind? Es steht Herrn von Heyl ja frei, seine radikalen Ansichten in Abänderungsanträgen zu unserem Vorschlage zum Ausdruck zu bringen. Sollten Ihnen die nöthigen Stimmen zur Unterstützung dieser Anträge aus Ihrer eigenen Fraktion nicht zur Verfügung stehen, wir geben sie Ihnen! (Stürmische Heiterkeit! Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sie werden sich, Herr v. Heyl, den Dank des Volkes verdienen, wenn es Ihrer Initiative gelingen sollte, unsere Anträge zu verbessern. Denn ob die Regierung in nächster Session ihre Vorlage wieder einbringen wird, ist mehr als zweifelhaft. Deshalb wollen wir hier retten, was wir retten können. Das Zentrum sollte es sich doch überlegen, ob es sich mit seinen sozialpolitischen Ueberzeugungen verträgt, in dieser wichtigen Sache bis zur nächsten Session zu warten. Man müßte ja blind sein, wenn man nicht sehe, daß die ganze Ministerkrisis, die ganze Unsicherheit der Zustände auf die Wandlungen zurückzuführen sind, die sich eben in den Ansichten über Sozialreform vollzogen haben. Es ist große Gefahr vorhanden, daß jetzt mit der Entwicklung der Sozialreform Schicht gemacht wird, und Strafe nicht nur Denjenigen trifft, der seine Mitmenschen an freiwilliger Arbeit hindert, sondern auch Jeden, der den Wunsch hat, seinen Arbeitslohn aufzubessern. Deshalb unsere heutigen Anträge! Der Bundesrath hat sich der Erkenntniß, daß Mißstände auf diesem Gebiete vorhanden sind, nicht entziehen können, die Vorlage enthält kleine Verbesserungen und der Reichstag thut nicht gut, blos wegen der angeblich ungünstigen Geschäftslage die Berathung der Materie abzulehnen. Das giebt doch noch keinen Grund dafür ab. Stimmt das Zentrum seiner ursprünglichen Absicht getreu unseren Anträgen zu, dann ist die Möglichkeit der Annahme unserer Anträge noch nicht ausgeschlossen. Wir haben unsere Anträge gestellt, um dem Reichstag Gelegenheit zu geben, das Wort, das er verpfändet hat, einzulösen, in einem Moment, wo die praktische Möglichkeit dazu da ist. Die Regierung kann unsere Anträge ja nicht ablehnen, sie decken sich mit den ihrigen und sie würde sich mit einer Ablehnung selber ins Gesicht schlagen. Das trauen wir der Regierung auch gar nicht zu. Den Arbeitern aber ist der Sperling in der Hand noch immer lieber, als die Taube auf dem Dache, auf die sie die Herren von Heyl und von Hertling vertrösten wollen. Ich bitte Sie um Annahme unserer Anträge. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Richter (FVp): Wir sind grundsätzlich anderer Anschauung als der Vorredner. Wir sehen kein Heil in neuen Polizeibestimmungen. Die ganzen Anträge wollen auch nur Symptome bekämpfen. Das Grundübel liegt aber in der mangelnden Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts. Diese muß ausgedehnter werden, nach dieser Richtung muß mit alten Ansichten und Ueberlieferungen gebrochen werden. Wäre den Sozialdemokraten denn wirklich so sehr darum zu thun, die Vorschläge des Bundesraths in die Wirklichkeit zu übersetzen, so hätten sie doch eher damit kommen können, denn daß aus der Kommission nichts herauskommen würde, wußte Herr Singer so gut wie wir. Wie kann man uns in einer dritten Lesung mit solch' weitgehenden Anträgen beschäftigen Herr Singer sagt nun, Stumm ist Trumpf, retten wir, was zu retten ist. Es handelt sich doch hier aber nur um Vollmachten für den Bundesrath und wenn Stumm Trumpf ist, so macht des Bundesrath eben keinen Gebrauch von der Vollmacht. (Heiterkeit) In der heutigen Zeit der Unsicherheit giebt man überhaupt keine Vollmachten. Es giebt also keinen ungeeigneteren Moment für die Berathung der Anträge, als den gegenwärtigen. Das einzig Richtige ist es, die Sache bis zum Herbst zu vertagen und dann ordnungsmäßig zu erledigen. (Beifall links.)

Dr. Friedberg (NL) weist die Behauptung Singers zurück, daß die nationalliberale Partei nicht sozial-reformerisch thätig gewesen sei. Er nannte es eine Dreistigkeit des Abgeordneten Singer, von den Mitgliedern der nationalliberalen Fraktion zu behaupten, sie glaubten selber nicht, was der Fraktionsredner hier vorgetragen hat.

Frhr. Heyl zu Herrnheim (NL) hebt noch einmal hervor, daß er die sozialdemokratischen Anträge für nicht weitgehend genug halte. Es sei komisch, daß eine Arbeiterpartei ein Arbeitergesetz hier in solcher Weise durchpeitschen wolle.

Dr. Hitze (Z.): Wenn wir für en bloc-Annahme der Regierungsvorlage waren, so war die Voraussetzung dabei, daß keine Abänderungsanträge gestellt würden; aber auch die sozialdemokratische Partei hat Abänderungsanträge gestellt und hat darauf nicht verzichten wollen. Hätte sie das gethan, dann hätte vielleicht noch die Annahme der Regierungsvorlage erfolgen können. Jetzt ist es dazu zu spät. Ich richte aber an den Abg. Singer noch die Frage: Wird er, wenn wir uns bereit finden lassen, für seine Anträge zu stimmen, dann für das ganze Gesetz stimmen? (Heiterkeit. Abg. Singer schüttelt mit dem Kopf.) Herr Singer verneint das; nun, er kann doch dann nicht verlangen, daß wir, um seine Wünsche zu erfüllen, das ganze Gesetz, das soviel Wünsche unserer Partei enthält, in Frage stellen. Das geht doch nicht. (Große Heiterkeit und Beifall im Zentrum.)

Singer (SD.): Ich könnte dem Zentrum Dutzende von Fällen nachweisen, wo es auch Verbesserungsanträge gestellt und dann gegen das ganze Gesetz gestimmt hat. (Sehr richtig!) Das ist ein alter parlamentarischer Vorgang. Man sucht ein Gesetz möglichst gut zu gestalten, und erreicht man nicht, was man wollte, stimmt man gegen das ganze Gesetz. Herr Richter hat unsere Anträge aus prinzipiellen Gründen bekämpfen zu müssen geglaubt und bringt hier große Worte vor von der Art, das Heilmittel für die Nothstände in der Konfektion liege in der Erweiterung des Arbeitsgebiets des weiblichen Geschlechts. Damit kann er uns wirklich nicht schlagen. Die Erweiterung des Arbeitsgebietes des weiblichen Geschlechts erfolgt tagtäglich in Folge der schlechten sozialen Lage, die Frau wird in die Fabrik und in jede Art von Arbeitsthätigkeit getrieben. Daß man ihr die Erwerbung des Doktorhutes gestattet, ist wahrhaftig kein Heilmittel für diese Nothlage. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Auslassungen des Herrn Richter waren von den Grundsätzen durchdrungen, denen er sein Lebenlang gehuldigt hat, den Grundsätzen des ödesten Manchesterthums, das den Staat nur als Nachtwächter betrachtet. Herr Richter will dem Bundesrath keine zu weitgehenden Vollmachten ertheilen. Gewiß ist der Reichstag so klug wie der Bundesrath (Abg. Richter ruft: Das ist kein Kompliment!) und wir gehören gewiß nicht zu den Vorkämpfern des Bundesraths, aber in sozialpolitischen Dingen, wenn es auf das Verständniß ankommt für das, was noththut, traue ich schließlich dem Bundesrath noch mehr zu, als der freisinnigen Partei. (Heiterkeit.) Diese Partei ist die allerschlimmste Gegnerin aller Verbesserungen der Lage der Arbeiter, zum Beispiel des Achtuhrladenschlusses, und es war erhebend, wie Herr Richter Arm in Arm mit Herrn v. Manteuffel das Jahrhundert in die Schranken forderte, um den armen Bäckergesellen das Bischen Schutz wieder zu entreißen, das man ihnen zugebilligt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Friedberg hat statt Gründe nur Grobheiten vorgebracht und ich muß es ablehnen, ihm auf dieses Gebiet zu folgen. (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Er ist der Letzte, von dem ich Belehrungen über das, was sich schickt, annehmen werde. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Hitze (Z.): Die Sozialdemokraten können mit ihrem Antrage nichts Anderes bezwecken, als das Gesetz, auf welches wir großen Werth legen, durch Hineinbringen von Bestimmungen, die für uns unannehmbar sind, zu Fall zu bringen. Sie befürworten alle möglichen Aenderungen und stimmen dann doch gegen das ganze Gesetz.

Richter (FVp.) bleibt dabei, daß es sich bei den Anträgen im Wesentlichen nur um Vollmachten für den Bundesrath handle. Die freisinnige Partei weise dem Staate durchaus nicht in sozialpolitischen Dingen die Rolle des Nachtwächters zu. Er erinnere an die Arbeiterschutz-Initiativanträge der alten Fortschrittspartei. Er erinnere daran, daß die freisinnige Partei die Mehrheit mitgebildet habe gegen den freikonservativen Antrag auf Aufhebung der Bäckereiverordnung. Herr Singer habe zum Bundesrath mehr Vertrauen in sozialpolitischen Dingen als zur freisinnigen Partei. Es sei ja richtig, in der schematischen Polizeigesinnung seien Sozialdemokratie und Regierung verwandt. (Heiterkeit.) Daß die Sozialdemokratie so viel Ausdehnung gewonnen habe, erkläre sich daraus

daß das deutsche Volk in schematischer Polizeigesinnung erzogen ist. Alles Heil werde von der Polizeimacht erwartet. Allerdings wollen die Sozialdemokraten nicht, daß die Polizei gegen die Arbeiter Partei nehme, sondern gegen die Arbeitgeber. (Lachen links.)

Dr. Friedberg (NL.) erwidert dem Abgeordneten Singer, er habe nicht sachlich zu sprechen brauchen, weil das schon sein Kollege von Heyl besorgt habe. Seine Aufgabe sei eine andere gewesen. Er habe den Abgeordneten Singer nur daran mahnen wollen, sich in Zukunft einer etwas anständigeren Diskussion zu befleißigen.

Präsident v. Buol: Mit der letzten Aeußerung hat der Herr Abg. Friedberg dem Abg. Singer indirekt eine unanständige Art der Diskussion vorgeworfen. Ich muß diese Bemerkung mit einem Ordnungsruf rügen.

Singer (SD.) erwidert dem Abg Richter, das sei ja grade der Unterschied zwischen den wirthschaftlichen Anschauungen seiner Partei und der des Herrn Richter, daß die Sozialdemokratie von der Polizei den Schutz der Arbeiter gegen die Ausbeutung der Unternehmer verlange, während Herr Richter die Polizei im Interesse der Unternehmer gegen die Arbeiter anrufe. (Widerspruch bei den Freisinnigen.) Er erinnere nur an die Haltung der „Freis. Zeitg." bei Gelegenheit des Buchdruckerstreiks und man werde ihm Recht geben müssen.

Ein Schlußantrag wird angenommen und die Diskussion geschlossen.

Richter: Daß ich während des Buchdruckerstreiks die Polizei gegen die Arbeiter im Interesse des Unternehmerthums aufgerufen habe, ist eine ganz willkürliche, irrige und falsche Behauptung des Herr Singer

Dr. Friedberg (NL.): Ich bedaure sehr, dem Herrn Präsidenten Anlaß zu einer Rüge gegeben zu haben. Ich unterwerfe mich dieser Rüge, möchte aber den Herrn Präsidenten fragen, welches Mittel der Abwehr mir zu Gebote steht gegen eine Behauptung, wie die des Abg. Singer, im Lande glaube man nicht, was wir hier durch unsere Redner als unser sozialpolitisches Ziel aussprechen.

Präsident von Buol: Ich bedaure, dem Vorredner die von ihm erbetene Belehrung nicht zu Theil werden lassen zu können. (Langandauernde Heiterkeit.)

Der Antrag Auer wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Singer (SD) (zur Geschäftsordnung) zieht hierauf die übrigen Anträge, mit Ausnahme derjenigen, die sich auf die Krankenversicherung beziehen, zurück.

Der nicht zurückgezogene Theil des sozialdemokratischen Antrages lautet: „Das Krankenversicherungsgesetz wird durch nachstehende Vorschriften abgeändert und ergänzt:

a. Der § 2 erhält als vierten Absatz folgenden Zusatz: Auf die im Absatz 1 Ziffer 4 bezeichneten Gewerbetreibenden kann die Anwendung der Vorschriften des § 1 auch durch Beschluß des Bundesraths erstreckt werden. Die Anordnung kann auch für bestimmte Grwerbezweige und für örtliche Bezirke erfolgen.

b. Der § 54 erhält als Ziffer 3 des zweiten Absatzes und als dritten Absatz folgende Zusätze: 3) Daß und in wie weit in Fällen, in welchen die Beschäftigung der in § 2, Absatz 1, Ziffer 4 bezeichneten Hausgewerbetreibenden durch Zwischenpersonen (Ausgeber, Faktoren, Zwischenmeister u. s. w.) vermittelt wird, diejenigen Gewerbetreibenden, in deren Auftrag die Zwischenpersonen die Waaren herstellen oder bearbeiten, den auf die Arbeitgeber entfallenden Theil der Beiträge für die Hausgewerbetreibenden, sowie für deren Gesellen (Gehülfen) und Lehrlinge aus eigenen Mitteln zu entrichten haben.

Die den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 entsprechenden Anordnungen können in den Fällen des § 2 Absatz 4 auch durch Beschluß des Bundesraths getroffen werden."

Singer (SD.) weist zur Begründung des Antrages auf die Unlust der Kommunen hin, durch Ortsstatut für die Krankenversicherung der Heimarbeiter zu sorgen. Dem Bundesrathe soll keine allgemeine, sondern eine eng umgrenzte Vollmacht ertheilt werden, worin keine Gefahr erblickt wird. Für die Ausdehnung der Krankenversicherung sind nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer. So hat sich der Verein der Arbeitgeberbeisitzer des Berliner Gewerbegerichts einstimmig und dringend dafür ausgesprochen. Die Frage ist außerordentlich einfach und kann sofort geregelt werden. Stimmen Sie unserem Antrage zu. Sie werden sich damit den Dank von Zehntausenden geplagter Heimarbeiter, die dann die Sicherheit erhalten, daß sie im Falle der Erkrankung nicht mehr der öffentlichen Armenpflege anheim fallen, sondern sich der Vortheile der Krankenversicherung erfreuen. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Der Antrag wird hierauf ohne weitere Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei abgelehnt.

Damit ist die Novelle zur Gewerbeordnung in dritter Lesung erledigt.

Die Gesammtabstimmung wird namentlich sein.

Es folgen die Resolutionen.

Die erste: „Die verbündeten Regierungen aufzufordern, dem Handwerkerstande eine wesentliche Förderung dadurch angedeihen zu lassen, daß im Bedarfsfalle Geldunterstützungen zur Ausführung der den Innungen obliegenden Aufgaben gewährt werden — wird debattelos gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen."

Die zweite lautet:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, spätestens in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen für das Baugewerbe und diejenigen anderen Gewerbe, deren Ausübung mit erheblichen Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden ist, der Befähigungsnachweis eingeführt wird."

Hierzu haben die Abgg. Hitze (Z.) und Genossen folgenden Abänderungsantrag eingebracht: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen für die handwerksmäßigen Gewerbe, insbesondere für das Baugewerbe und diejenigen anderen Gewerbe, deren Ausübung mit erheblichen Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden ist, der Befähigungsnachweis eingeführt wird."

Nach unwesentlicher Debatte wird zur Abstimmung durch Auszählung über den Zentrumsantrag geschritten, da die erste Abstimmung zweifelhaft bleibt.

Der Abänderungsantrag Hitze wird mit 166 gegen 126 Stimmen angenommen. Mit der Minorität, die sich aus den Sozialdemokraten, den freisinnigen Gruppen, den Nationalliberalen, den Polen und den drei Freikonservativen zusammensetzt, stimmt auch das Zentrumsmitglied, Freiherr v. Hertling.

Die Petitionen werden für erledigt erklärt.

Es folgt die dritte Berathung des Nachtragsetats, der die Besoldungsverbesserungen enthält.

Dr. Schädler (Z): Wir machen unsere Zustimmung davon abhängig, daß im nächsten Etat die Kosten für warmes Abendbrod für die Soldaten eingestellt werden. Die bloße Zusicherung einer Verbesserung der Beköstigung würde mir nicht genügen. Einer Aufbesserung der Gehälter einzelner Staatssekretäre werde ich mit einem Theile meiner Freunde nicht zustimmen.

Reichsschatzsekretär Graf v. Posadowsky erklärt, daß die Mittel für die warme Abendkost in den Etat eingestellt werden würden. Die Regierung werde der Vorlage zustimmen in der Fassung, wie sie in zweiter Lesung gestaltet worden ist.

v. Kardorff (RP.) wünscht, daß, nachdem nun die Aufbesserung der Gehälter erfolgt sei, die Regierung nun endlich auch einmal etwas für die Landwirthschaft thun möge. (Oh! links.)

v Plötz (K.) schließt sich dem Wunsche an und verlangt besonders eine strikte Durchführung des Börsengesetzes.

Nach unwesentlichen Bemerkungen der Abgg Schwartze (Z.) und v. Jazdzewski (Pole) wird die Generaldiskussion geschlossen.

In der Spezialdiskussion ergreift Niemand das Wort. Die Vorlage wird nach den Beschlüssen zweiter Lesung genehmigt.

Es folgt die dritte Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. den Servistarif und die Klasseneintheilung der Orte.

Auf Antrag des Abg. Dr. Hammacher (NL.) wird die Vorlage en bloc angenommen mit Ausnahme der Positionen der Vorlage, betr. die Klasseneintheilung der Orte, zu denen Anträge vorliegen.

Es liegen zwei Anträge von Standy und von Salisch (K.) vor, die Städte Löyen und Militsch aus der 4. in die 3. Servisklasse hinauf zu setzen.

Die beiden Anträge werden abgelehnt und die Klasseneintheilung der Orte nach den Beschlüssen zweiter Lesung aufrecht erhalten.

Es folgt die namentliche Gesammtabstimmung über die Handwerkervorlage. Das Gesetz wird mit 183 gegen 113 Stimmen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. Tagesordnung: Dritte Lesung des Nachtragsetats.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage. Die Zünftler sind fleißig bei der Arbeit; als heute bei der Fortberathung der Handwerkervorlage eine Abstimmung zweifelhaft blieb, ergab die Auszählung die Anwesenheit von 253, eine spätere namentliche Abstimmung sogar die von 286 Mitgliedern und das Haus überschüttete sich selbst mit Beifall ob dieser unerhörten Präsenz. Beide Abstimmungen gelten vergeblichen Versuchen der Linken, die Errungenschaften der Innungsfreunde in einigen besonders schädlichen Auswüchsen zu beschneiden. Zumeist gelangten die Beschlüsse der zweiten Lesung unverändert zur Annahme. Den rechten und gerechten Zünftlern ist das freilich noch lange nicht genug und das neue Handwerkergesetz wird für sie nur den Ausgangspunkt für neue Forderungen bilden. Ihre heißesten Wünsche, die obligatorische Zwangsinnung und der Befähigungsnachweis, haben keine Aufnahme in das Gesetz gefunden; der schon bei zweiter Lesung vereitelte Versuch, den Befähigungsnachweis durch eine Hinterthür hineinzubringen vermittelst der Bestimmung, daß nur geprüfte Meister das Recht haben sollen, Lehrlinge auszubilden, fand heute nur noch 20 Stimmen der Antisemiten und zünftlerischen Heißsporne. Dem Eingreifen unseres Genossen Singer gelang es schließlich, die Schlußabstimmung bis Donnerstag zu vertagen, damit noch die Bestimmungen zum Schutz der Konfektionsarbeiter im Gesetz eingefügt werden können, welche die damit betraute Commission leichtherziger Weise hatte unter den Tisch fallen lassen.

Der Abgeordnetenhausrede Eugen Richters entnehmen wir noch nachstehende Stellen in ausführlicherer Wiedergabe:

„Wie steht es denn um die Regierung? Im Reichstage hat Herr v. Boetticher die Vertheidigung dieses Gesetzentwurfs und der Stellung der preußischen Regierung übernommen, und ich muß ihm das Zeugniß geben, er hat sein Möglichstes gethan, davon zu vertheidigen, was überhaupt zu vertheidigen war. Jedenfalls stand die Vertheidigung des Herrn v. Boetticher thurmhoch über der Vertheidigung des Herrn Ministers v. d. Recke hier im Hause (Heiterkeit); denn diese Vertheidigung, wenn noch einer auf der linken Seite zweifelhaft gewesen wäre, hätte ihn unzweifelhaft in die Opposition drängen müssen. (Sehr richtig! links.) Doch hören wir, daß gerade Herr von Boetticher trotz dieser Vertheidigung des Gesetzentwurfs im Reichstage, thurmhoch über der Vertheidigung des Herrn v. d. Recke stehend, demnächst werde seinen Abschied nehmen müssen.

Und dann: wer ist die Regierung? Der kommende Mann, der Vicepräsident des preußischen Staatsministeriums, soll Herr v. Miquel sein. Wie denkt denn Herr v. Miquel über diesen Gesetzentwurf? Das wissen wir nicht; von ihm kann man auch wie von Wallenstein sagen: woran der glaubt, das weiß niemand. (Stürmische Heiterkeit.) Sein Herz kennen wir noch lange nicht, und was er an Umsturz im Schilde hat, das weiß auch niemand. Wenn wir in wirklich ernsthaften konstitutionellen Verhältnissen wären, so würde die Regierung während solcher schwebenden Aenderungen im Ministerium das Parlament vertagen, würde überhaupt gar keine Verhandlungen darüber eintreten lassen. Davon ist keine Rede. Was nicht in den Akten ist, das ist nicht auf der Welt. Wir sollen die Augen davor verschließen. Das einfachste wäre es doch, von dem Verfassungsartikel Gebrauch zu machen und Herrn v. Miquel vorzuladen, zu sagen, wie er über die Sache denkt, denn es kommt doch hier nicht darauf an, ob man Vertrauen hat zu der gegenwärtigen Juniregierung (Heiterkeit), man muß doch auch wissen, wie die Juliregierung oder die Herbstregierung über den Gesetzentwurf denkt. (Stürmische Heiterkeit.) Wie es im Herbst aussieht, weiß erst recht niemand; denn in der Miquelpresse habe ich gelesen, es sei sehr leicht möglich, daß mit den Blättern im Herbst auch Herr v. d. Recke fallen wird. Ich glaube es zwar nicht, indessen ich meine, wenn Aenderungen noch bevorstehen, wenn das der Zustand in der Regierung ist, dann sollte man erst recht Bedenken tragen, unter solchen Verhältnissen sogar einer Verfassungsänderung zuzustimmen."

In Bezug auf seine Rede vom 18. Mai, wegen der er nachträglich noch vom Grafen Limburg-Stirum, und dazu recht ungeschickt, angezapft wurde, sagte Abg. Richter:

„Keiner der Herren Konservativen, keiner der Herren Freikonservativen hat den Mund aufgethan gegen mich, weder in der zweiten noch in der nachfolgenden dritten Berathung. Sie wußten, daß das, was ich da gesagt habe, nicht Herrn v. Boetticher in erster Linie traf, sondern höher hinauf zielte (Lärm rechts), die ganze politische Situation (Lärm und Zischen rechts) kennzeichnete, daß das die wirkliche Ueberzeugung in weiten Kreisen des Landes war bis tief in konservative Kreise hinein. Der Herr Graf Limburg meint, wieso man von Steuerlosigkeit sprechen könnte; ihm gefalle gerade die kräftige Art, wie die Regierung das Steuer führe. Nun, ich habe unter Steuerführung immer verstanden, daß eine Regierung nicht thut, als wenn sie allein auf der Welt wäre, sondern sich so einrichtet, um mit einer Volksvertretung und deren Mehrheit zurecht zu kommen, und ich nenne Steuerlosigkeit, wenn man gar keine Rücksicht nimmt auf die Beschlüsse der Mehrheit des Reichstages und Landtages, sondern einfach den Kurs weiterfährt, den man eingeschlagen hat. Nun, wozu führt denn das am letzten Ende, wenn man diese Energie und Thatkraft, wie Sie sie loben, im Widerspruch mit der Mehrheit des Reichstags und des Landtags in diesem Falle weiter verfolgt? Das führt entweder zur kläglichsten Niederlage der Regierung oder zum Versuch des Staatsstreichs. (Lärm rechts) Wollen Sie das etwa? Und wenn Sie das nicht wollen, so hat die Regierung alle Veranlassung, auf die Mehrheit zu sehen und sich mit der Mehrheit zu stellen. Das verstehe ich unter einer richtigen Steuerung des Staatsschiffes."

Bei der Stichwahl in Wiesbaden ist der Freisinnige gewählt worden. Soweit bisher festgestellt, wurden für Wintermeyer (Freisinnige Volkspartei) 13 283 Stimmen abgegeben und für Freiherrn von Fugger (Zentrum) 8132 Stimmen. Es fehlen nur noch die Ergebnisse von acht kleinen Dörfern, die an dem Ergebniß nichts mehr zu Gunsten des Zentrums ändern können.

„Ansichten". Auf das stürmische Verlangen der überwiegenden Mehrheit der preußischen Abgeordneten, den Freiherrn v. Zedlitz wegen seines unanständigen Anwurfes gegen den deutschen Reichstag zur Ordnung zu rufen, fand der Präsident v. Köller den Muth zu folgender Antwort:

Präsident v. Köller: Sie haben Beweise von mir, daß ich nicht dulde, daß irgend ein Redner in ungebührlicher Weise über den Reichstag oder seine Präsidenten spricht. Den Ausdruck „verblendete Majorität" kann ich aber nicht anders auffassen, als daß die jetzige Majorität die Sache nicht richtig sieht, das ist eben Ansichtssache. Das ist in meinen Augen keine Beleidigung, ich habe deshalb den Redner nicht zur Ordnung gerufen und werde es auch nicht thun. (Beifall rechts.)

Ob Herr v. Köller immer so friedlich denkt? Auch wenn man über ihn seine „Ansicht" ungeschminkt äußert?

Das preußische Herrenhaus, so meint der Miquel'sche Zeitungsgeheimrath v. Zedlitz in der „Post", wird „den Torso" der Novelle des Vereinsgesetzes, wie er aus dem Abgeordnetenhause herausgekommen ist, in sachgemäßer Weise ergänzen. „Da es im Hochsommer kaum noch möglich sein wird, zwischen beiden Häusern des Landtages eine Einigung herbeizuführen, erscheint es wahrscheinlich, daß der Landtag geschlossen werden wird, sobald das Herrenhaus seine erste Gesammtabstimmung vollzogen hat; die endliche Erledigung der gesetzgeberischen Aufgabe würde dann der Zukunft vorbehalten bleiben."

Herr v. Bülow, der deutsche Botschafter in Rom, wird nach dem Vernehmen der „Nordd. Allg. Ztg." sich an das Hoflager des Kaisers begeben. Das offiziöse Blatt fügt hinzu, man gehe wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß diese Reise mit dem Gesundheitszustande des Staatssekretärs Freiherrn v. Marschall in Zusammenhang steht. Soll das heißen, daß dieser politisch sonst so wenig bekannte Herr v. Bülow zum Staatssekretär des Auswärtigen ernannt werden wird? Nach den letzten Mittheilungen der Presse über den Gesundheitszustand des Frhrn. v. Marschall war man anzunehmen berechtigt, daß Staatssekretär Freiherr von Marschall nach Ablauf seines Urlaubes die Geschäfte vielleicht doch noch wieder übernehmen werde. Zu einer bloßen Stellvertretung aber brauchte man doch nicht einen Botschafter von Rom nach Berlin zu zitiren. Für die Stellvertretung würden auch die in den schwebenden Geschäften orientirten oberen Ministerialbeamten in Verbindung mit dem Reichskanzler ausreichen.

Pensionirte Generale. Nicht weniger als 15 Generale haben am 17. d. Mts. ihren Abschied erhalten, so daß die Zahl der in diesem Vierteljahr abgegangenen Generale auf 30 gestiegen ist!! Dreißig Generale in einem Vierteljahr — das giebt eine nette Summe in dem Pensionsetat.

Die Rückständigkeit des preußischen Junkerthums, die in seinem ganzen politischen Verhalten zu tage tritt, kommt zum drastischsten Ausdruck in dem Windmühlen-Kampf gegen die Börse. Die Herren Junker haben auch nicht die leiseste Ahnung, was die Börse ist, welche Funktionen sie hat; und so begreifen sie nicht, daß sie selber der Börse bedürfen. Wie ein Bauer, der sich über den Barometer ärgert und bei dem Versuch, ihn immer gut Wetter oder Regen — je nach Bedarf — anzeigen zu lassen, das Teufelsding zerbricht, so manipuliren die Herren Junker mit der Börse, und verderben bloß, ohne sich etwas zu nützen. Ja, sie sind noch thörichter als jener Bauer, denn die Börse ist dem Junker noch weit nothwendiger, als der Barometer dem Bauer, sie ist ihm unentbehrlich. Das Unglück der ostelbischen Junker — denn in den länger kultivirten Theilen Deutschlands sind auch die Junker einigermaßen von der Kultur beleckt worden — ist, daß sie nichts gelernt und nichts vergessen haben. Ihre Grundanschauung ist noch heute die der alten Ritter vom Stegreif, die den Bauer als Leibeigenen für sich arbeiten ließen und den Bürger auf der Landstraße ausplünderten. Alle ehrliche Arbeit — namentlich die Kopfarbeit — verachtend, waren sie, ihrer eigenen Schätzung nach, nur gut für die niederste Form der Handarbeit: das Waffenhandwerk; und als die Raubritterei verboten war und sich nicht mehr lohnte, da verlegten sie sich auf das Soldatenhandwerk und machten das zu ihrem Monopol. Natürlich die Führerstellen. Und die Politik war für die Junker bis auf den heutigen Tag nur ein Geschäft — ein Geschäft, welches den modernen Gesetzen und Lebensbedingungen angepaßt, nur die Fortsetzung des alten Raubrittergeschäfts ist und es ihnen ermöglichen soll, auf Kosten der Bürger und Bauern zu leben, Bei diesem Geschäft machen sie gute Geschäfte; die mittelalterliche Wegelagerei hat nie so viel eingetragen, wie die modernen Liebesgaben, und das Hirn wird heute nicht mehr angestrengt, als damals. Leider verlangt aber die Zeit etwas mehr Hirnthätigkeit, und diesen erhöhten Anforderungen ist das ostelbische Junkerhirn nicht gewachsen. Instinktiv fühlen das die Edelsten der Nation.

Darum schreien sie, wie der Hirsch nach Wasser schreit, nach irgend einer bürgerlichen Kanaille, die das Zeug hat zum Messias und sie „rettet"; und da sind sie denn auf den Exkommunisten Miquel verfallen.

Ob er es fertig bringt, die „geborenen und erzogenen Ochsen", wie Herr v. Wagener, der beste Kopf der Junkerpartei, seine Schützlinge etwas unparlamentarisch betitelte, zu einer ähnlichen Neugeburt zu verhelfen, wie der „Judenjunge" Disraeli seinerzeit den englischen Tories, das muß abgewartet werden. Die englischen Tories hatten doch etwas mehr gelernt und etwas anders veranlagte Schädel.

Parlamentarische Klippen. Eine Marinerede im Reichstag und eine Programmrede des neuen Staatssekretärs Tirpitz seien, wie der „Köln. Volksztg." versichert wird, thatsächlich noch vor Schluß dieser Session in Aussicht genommen gewesen. Man habe aber darauf verzichten müssen, weil Admiral Tirpitz ohne die Hilfe Miquels als Vertreters des Reichskanzlers auf sich allein angewiesen sein würde und Herr von Marschall krank ist. Da habe man den parlamentarischen Neuling nicht den Fährlichkeiten einer großen parlamentarischen Debatte aussetzen wollen.

Sonderbar! — Gehört denn der Herr „Marine-Roon" nicht zu jenen Deutschen, die Gott fürchten und sonst nichts auf der Welt? Wir hatten gedacht, er würde sich unter den Klängen des Flaggenliedes in die Wogen des parlamentarischen Kampfes stürzen.

v. Bötticher — Baukdirektor! Wie einige Zeitungen erfahren, schweben zwischen Herrn von Bötticher und einem der größten deutschen Bankinstitute Verhandlungen, die darauf hinzielen, Herrn v. Bötticher an die Spitze dieses Institutes zu berufen, und aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem Abschluß kommen werden. — Da scheint es ja, als wenn Herr von Bötticher Carrière macht.

Aus der Fraktion der deutsch-sozialen Reformpartei ist Abg. Dr. Förster ausgeschieden. Er will der „Staatsbürger-Zeitung" zufolge auf dem antisemitischen Boden als Fraktionsloser bleiben und glaubt, für seine Person außerhalb der Fraktion der antisemitischen Sache besser dienen zu können als bisher. — Wir schlagen vor, die entstandene Lücke durch den „Wilden" Ahlwardt auszufüllen.

Vom wackelnden Centrumsthurm. Der Streit zwischen Centrumsleuten und bayerischen Bauernbündlern wird nicht nur mit einer herzerfrischenden Deutlichkeit in der Sprache geführt, sondern bringt auch manches Lehrreiche zur Charakteristik der Centrumspartei zu Tage. In einer Polemik mit Centrumsorganen rollt jetzt das Bündlerblatt, der „Niederbayerische Bauer", eine ganze Leporellolliste von Centrumssünden auf, wobei auch Dr. Lieber sein Theil erhält. Es beklagt die Aufbesserung der Reichsbeamten, den Antrag Lieber auf Aufbesserung der Staatssekretäre, erklärt, daß das Centrum in der Vereinsgesetzfrage, „wie schon öfters", dupirt worden sei, daß das Centrum, insbesondere Dr. Lieber, in der Majestätsbeleidigungsdebatte seinen Mann nicht gestellt, tadelt, wie sich Dr. Lieber in der Marinefrage betragen ꝛc. Wir wollen keine Beamtenaufbesserung, keine Aufbesserung der Offiziersgehalte, die nur dem Militarismus zu Gute kommt, ruft das Bauernblatt. Der Artikel, der scharf und klar geschrieben ist, schließt mit folgenden Worten:

> Es ist auf das Verdienst des Herrn Dr. Lieber bei der Marinevorlage hingewiesen worden. Allein zu Unrecht. Dr. Lieber hat in dieser Frage gar kein Verdienst, denn als dieser Herr die angebliche Aeußerung des Kaisers, die letzterer zu Stumm gemacht haben soll (Kladderadatsch) hörte, da fiel ihm das Herz in die Hose und er war bereit, die ganze Marinevorlage zu genehmigen, wenn nicht andere Herren und die Centrumspresse dazwischen gekommen wären. Ja! Ja! Wenn wir auch fern von Madrid wohnen, so hören wir doch manches, was man eigentlich nicht hören soll.

Gegen die „Augsburger Postzeitung" schreibt der „Niederbayerische Bauer":

> Der Artikel der „Augsburger Postzeitung" denunzirt den (klerikalen) Abgeordneten Söldner (wegen einer öffentlichen Aeußerung über die Majestätsbeleidigungsdebatte des Reichstags) als einen Sozialdemokraten, als einen Menschen, der aller christlichen Grundsätze bar ist. Wir haben eigentlich Mitleid mit diesem Skribifax, der in der Politik ein reines Kind zu sein scheint; denn sonst müßte er wissen, daß die Sozialdemokraten den Antrag auf Aufhebung des Majestätsbeleidigungsparagraphen nur deshalb gestellt haben, um Verschiedenes zur Sprache zu bringen, was die deutsche Nation schon längst bedrückte. Und bei dieser Gelegenheit hat das Centrum und insbesondere Dr. Lieber seinen Mann nicht gestellt.

Es ist unleugbar, daß die Ausführungen des „Niederbayerischen Bauer" von großen Gesichtspunkten aus geschrieben sind, und darum treffen sie das Centrum.

Das ungerathene Kind macht den Konservativen Kummer. Zu den Reichstagswahlen in Schlesien ist eine Zuschrift der „Kreuzztg." aus Schlesien besorgt darüber, daß die von den Antisemiten auf ihren Parteitag in Breslau kürzlich in Aussicht genommene Aufstellung eigener Kandidaten den Konservativen zum Schaden gereiche. Dagegen wird zur Erwägung gestellt, ob nicht den Antisemiten einzelne Wahlkreise, die gegenwärtig von Freisinnigen oder von Sozialdemokraten oder wie Frankenstein-Münsterberg vom Centrum vertreten sind, überlassen werden können zur Vereinfachung der Wahlarbeiten. „Freilich die bisherige Haltung der Deutschsozialen bei Reichstagswahlen, die meist ihre Aufgabe in einer rücksichtslosen Bekämpfung der Konservativen gesehen haben, reizt zu einem derartigen Krompromiß nun gerade nicht; aber es würde ja in dem vorliegenden Falle vieles auf die Person des Kandidaten und die Führer der Partei in den betreffenden Wahlkreisen ankommen".

Ohne den Begriff eines persönlichen Gottes giebt es keine Religion, so hat die Strafkammer des Landgerichts zu Braunschweig in der Berufungsinstanz dieser Tage entschieden. Es handelt sich dabei um die Entscheidung der prinzipiellen Frage, ob der von dem Sprecher der Braunschweiger Freien Religionsgemeinde Dr. Völkel ertheilte Religionsunterricht als solcher anzusehen sei. Wie früher mitgetheilt, war der Schlosser Bornemann zu Braunschweig, weil derselbe seinen Sohn von dem Religionsunterricht in der Schule ferngehalten und ihn anstatt dessen an der Völkelschen Sittenlehre hatte theilnehmen lassen, in eine Polizeistrafe von 6 Mark genommen. Die Bestrafung gründete sich darauf, daß das Konsistorium dem Dr. V. wegen dessen Vorbestrafung wegen Religionsvergehens die Fähigkeit abgesprochen, einen im Sinne des Gesetzes ausreichenden Religionsunterricht zu ertheilen. Das Schöffengericht trat der polizeilichen Ansicht bei, wogegen das Landgericht s. Z. auf Freisprechung erkannte. Das Oberlandgericht kassirte das freisprechende Urtheil und wies die Sache an das Landgericht zurück. So kam die Sache nochmals zur Verhandlung. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte unter Berufung auf das bindende Urtheil des Oberlandesgerichts hinsichtlich des persönlichen Gottesbegriffs Bestätigung der polizeilichen Strafbefehle. Im Gegensatz zu den Anschauungen V.'s hatte das Oberlandesgericht den Begriff eines persönlichen Gottes als unzertrennlich von der Religion gefordert. Das Gericht erkannte gemäß dem Antrage der Staatsanwaltschaft.

Den Nordostseekanal haben im Monat Mai d. J. 2605 Schiffe (gegen 1702 Schiffe im Mai 1896) mit einem Netto-Raumgehalt von 201 959 Registertons (1896: 139 935 Registertons) benutzt und, nach Abzug des auf die Kanalabgabe in Anrechnung zu bringenden Elblootsgeldes, an Gebühren 96 331,20 Mk. (1896: 78 261,48 Mk.) entrichtet.

Die Betriebsergebnisse der preußischen Staatsbahnen betrugen im Monat Mai 84 614 000 (gegen das Vorjahr — 110 000) Mark, aus dem Personen- und Gepäckverkehr 25 204 000 (— 3 691 000) Mark, aus dem Güterverkehr 59 410 000 (+ 3 581 000) Mark. Vom Beginn des Betriebsjahres an 169 142 000 (+ 4 568 000) Mark, auf das Kilometer 5861 (+ 40) Mark, aus dem Personen- und Gepäckverkehr 51 433 000 (— 1 756 000) Mark, aus dem Güterverkehr 117 709 000 (+ 6 224 000) Mark. Der starke Rückgang im Personenverkehr dürfte zum größten Theil darauf zurückzuführen sein, daß Pfingsten in diesem Jahre in den Juni fiel.

England.

Irische Demonstrationen. Aus Dublin wird vom 23. Juni geschrieben: Auf dem Stadthause wurde gestern Abend von einigen Personen eine schwarze Flagge halbmast gehißt. Nach einer halben Stunde wurde sie wieder heruntergeholt und unter dem Geleite eines Zuges mit Stöcken bewaffneter Männer, die das: Gott schütze Irland sangen, durch die Straßen getragen. Die Demonstranten wurden schließlich von der Polizei zerstreut. Ein anderer Zug trug einen Sarg mit der Inschrift: Das britische Reich durch die Straßen. Eine ihn begleitende Musikbande spielte einen Trauermarsch und eine gewaltige Volksmenge bildete das Gefolge. Auf dem Wege den der Zug nahm, wurden viele Fensterscheiben durch Steinwürfe zertrümmert.

Griechenland.

Häkeleien in Thessalien. In Folge der vielfachen Reklamationen, die Griechenland wegen Verletzung der neutralen Zone durch türkische Soldaten geführt, hat Edhem Pascha dem Kronprinzen eine genaue Festsetzung der Grenze durch je einen griechischen und türkischen Offizier vorgeschlagen.

Auf Kreta. Eine Privatmeldung aus Kanea versichert, daß eine Versammlung der Aufständischen in Armeonii beschlossen habe, jede weitere Berathung bis nach dem Abschlusse des Friedens zwischen Griechenland und der Türke zu vertagen. Die kretensischen Insurgenten sehen dem Vorrücken der europäischen Truppen in das Innere der Insel mit Mißtrauen entgegen und befürchten die Einrichtung der Autonomie unter der Mitwirkung türkischer Truppen.

Lübeck und Nachbargebiete.

25. Juni.

Zuzug ist fernzuhalten von Tischlern nach Rostock, Schlossern und Maschinenbauern nach Dänemark.

Achtung Holzarbeiter! Nach den Möbelfabriken von Gebr. Wasserstradt, W. Senff, H. M. Th. Bahrdt, J. P. H. Pamperin. F. Schramm, Demuth u. Co., sowie L. D. J. Bangert ist der Zuzug streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Rohde, Lederstraße 3. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Die Bürgerschaftswahl im Marien-Magdalenen-Quartier findet am Montag von 10—6 Uhr im Casino statt. Seitens der sozialdemokratischen Partei sind als Kandidaten aufgestellt die Genossen

Johann Carl Theodor Schwartz, Geschäftsführer,
Peter Heinrich Pape, Geschäftsführer,
Theodor Friedrich Carl Bartels, Obermüller,

Da der Bezirk räumlich eng begrenzt ist, so wollen wir hoffen, daß nicht, wie in den weitverzweigten Vorstädten, die wahlberechtigten Arbeiter wegen des weiten Weges der Urne fernbleiben. Wenn alle Mann am Platze sind, können wir hier noch einen Erfolg erzielen.

Die Ersatzwahl zur Bürgerschaft im Johannis-Quartier und der Vorstadt St. Jürgen zeigt in ihrem Ergebniß ein etwas anderes Bild, als die vorhergegangenen. Abgegeben wurden 866 Stimmzettel. An geschlossenen Listen entfielen auf den Vaterstädtischen Verein 388, den Bürgerrechts-Verein 146, die sozialdemokratische Partei 125. Es erhielten die Kandidaten des Vaterstädtischen Vereins

A. H. W. Benthien	516	Stimmen
F. A. Bernstein	512	„
W. A. B. Heinsohn	479	„
H. F. W. Jürgens	523	„
H. C. J. Knabjohann	489	„
L. W. H. Mollwo	453	„
H. A. A. Oldenburg	509	„
F. E. E. Reuter, Dr. med.	490	„
H. J. G. A. Schultz	514	„
E. W. A. Stiller	560	„
A. J. A. Stooß, Dr. jur.	503	„

die des Bürgerrechtsvereins:

J. L. H. Heise	290	Stimmen
A. G. Michael	170	„
H. Meyer	207	„
H. P. H. Oldenburg	185	„
A. Pape	248	„
E. L. Schwartz	182	„
K. Seidell	233	„
W. J. F. Sparkuhl	251	„
Ch. F. Th. Storm	179	„
H. F. M. Thiele	191	„
H. E. F. Wesse	168	„

Die der sozialdemokratischen Partei

Ch. G. Böttcher	127	Stimmen,
J. C. Th. Schwartz	155	„
P. H. Pape	131	„
H. J. H. Glau	126	„
J. H. J. Wulff	125	„
J. G. F. Jünemann	126	„
A. Heitmann	127	„
Th. F. C. Bartels	129	„
E. F. Feig	127	„
C. H. F. Wittfoot	129	„
C. H. Th. Marzahl	128	„

Die Zahl der geschlossenen Listen des Vaterstädtischen Vereins ist mächtig emporgeschnellt, um 257, ein Zeichen der Angst, welche den Programmlosen in die Glieder gefahren ist. Der Bürgerrechtsverein erzielte ein Mehr von 79, während wir 32 verloren. Die Stimmenzahl der Vaterstädtischen stieg um 22, die des Bürgerrechtsvereins fiel um 27, und unsere um 35.

Es ist dieses also die erste Wahl, bei der der Sieg der Vaterstädtischen kein Scheinsieg ist.

Das Gewerkschaftskartell hat in seiner gestrigen Sitzung mit großer Mehrheit beschlossen, am **15. August** ein **Gewerkschaftsfest** abzuhalten. Die Vereine wollen dies zur Vermeidung von Kollisionen gefälligst beachten.

Sommerfest des Sozialdemokratischen Vereins. Das leitende Komitee bittet uns, an die Vorstände der Gesangvereine, welche gewillt sind, zur Verschönerung des Festes beizutragen, das Ersuchen zu richten, mit dem Genossen Theodor Schwartz in Bezug auf die Zusammenstellung des Programms Rücksprache zu nehmen. Der Genosse Theodor Schwartz ist täglich bis 8 Uhr Abends in den Geschäftsräumen des „Lübecker Volksbote" zu sprechen. Für diejenigen, welche an den Werktagen keine Zeit haben, wird es sich empfehlen, am Sonntag Vormittag von 8 bis 1 Uhr im Hinterhause Johannisstraße 59 vorzusprechen. Da der Arbeitersängerbund sich aufgelöst hat, bleibt uns nur dieser Weg, eine rechtzeitige Aussprache zu ermöglichen, übrig. — Eintrittskarten zum Sommerfest sind an den bekannten Stellen stets zu haben.

Bürgerausschuß. Sitzung vom 23. Juni. — Es wurde festgestellt, daß am 19. Juli cr. verfassungsmäßig ausscheidenden Mitglieder: Sartori, Boye, Brecht, Dr. Brehmer, Buchwald, Cuwie, Heinsohn, Jenne, Petit, Rahtgens, Dr. Stooß, Trummer, Dr. Vermehren und Dr. Wichmann. — Bezüglich der Seitens der Kanalbaubehörde beabsichtigten Parkanlagen vor dem Mühlen- und Burgthor in Verbindung mit Freilegung des Kaiserthurms lag ein Senatsantrag vor, daß 1) die Freilegung des Kaiserthurms und die Wiederherstellung des Durchganges durch denselben, unter gleichzeitiger Herstellung einer Fußgängerbrücke an der Nordseite der Navigationsschule und Beschaffung der dadurch bedingten baulichen Aenderungen am Schulhause nach Maßgabe der vorgelegten Pläne und Anträge genehmigt werde, 2) für die Ausführung der Parkanlagen vor dem Mühlen- und Burgthore nach den Plänen des Stadtgärtners der Kanalbaubehörde aus der von ihr dem Staate für entzogene Wall- und Anlageflächen zu zahlenden Entschädigung von 43 000 Mark ein Betrag bis zu 33 405 Mark, sowie für die Freilegung des Kaiserthurms unter Herstellung einer Fußgänger-Brücke an der Nordseite der Navigationsschule und für die Ausführung der dadurch bedingten baulichen Aenderungen am Schulgebäude ein fernerer Betrag von 5930 Mark, soweit erforderlich, zur Verfügung gestellt werde, 3) der alsdann noch von den Seitens der Kanalbaubehörde dem Staate zu zahlenden Entschädigungsgeldern von 43 600 Mk. verfügbar bleibende Betrag von 14 265 Mark dem Finanzdepartement überwiesen werde, um ihn bis auf Weiteres für etwa ferner darauf noch zu beschließende Anweisungen bereit zu halten. Die beantragte Mitgenehmigung ward ertheilt. Dem Senatsantrag, daß das Finanzdepartement ermächtigt werde, aus dem früheren Schulacker zu Tramm einen etwa 570 Quadratmeter großen Land-

streifen an den Arbeiter Reimers zu Tramm gegen einen bei der Um- und Zuschrift baar zu zahlenden Kaufpreis von 60 Pf. für das Quadratmeter unter den folgenden Bedingungen zu verkaufen: 1) Käufer ist verpflichtet, die Grenze seines Grundstückes nach der Straße und nach Süden und Südwesten zu mit einer wehrhaften Einfriedigung zu versehen und dieselbe im guten Zustande zu unterhalten. Diese Bedingung ist als Note auf dem Grundstücksfolium zu verzeichnen, 2) Käufer ist verpflichtet, den Pächter des Areals in Gemäßheit des mit demselben abgeschlossenen Pachtvertrages für Einsaat, Mistweichung und Bestellungskosten zu entschädigen. 3) Die Kosten der Veräußerungsabgabe und der Um- und Zuschrift hat der Käufer allein zu tragen. — Dasselbe ist unter gleichen Bedingungen der Fall bei einem Senatsantrag, daß dem Arbeiter Burmeister zu Tramm ein 1475 Quadratmeter großes Areal genannten Ackers käuflich abgelassen werde. — Zur Mitgenehmigung ward der Bürgerschaft empfohlen der Antrag, daß dem zwischen der Baudeputation und dem Baurathe Wallbrecht zu Hannover unter dem 25./26. Mai d. Js. vereinbarten Nachtrage zu dem in Gemäßheit des Rath- und Bürgerschlusses vom 17. Juli 1893 abgeschlossenen Vertrage, betreffend die Regulirung des Wakenitzufers am Hofe Marli, die vorbehaltene Genehmigung ertheilt werde. — Schließlich ward der Entwurf der neuen Bauordnung weiterberathen und beschlossen, den Entwurf eines Nachtrages zum Gesetze, betreffend den Anbau von Wegen und in den Vororten der Stadt Lübeck, vom 27. Dezember 1893 mit der angenommenen Abänderung der Bürgerschaft gutachtlich zur Mitgenehmigung zu empfehlen.

Vom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen einen Kommis, welcher im Verdachte steht, seinem Prinzipal mehrfach Kleidungsstücke entwendet zu haben.

Testamentsverlesung. In der Sitzung des Amtsgerichts am Montag den 28. Juni 1895 werden eröffnet werden: 1. Zwei Nachträge zu dem Testamente des in Kiel verstorbenen Reichsgrafen Gustav Platen zu Hallermund; 2. das gegenseitige Testament des am 13. Juni 1897 verstorbenen Rechtsanwalts Dr. jur. Carl Friedrich Lindenberg und seiner Ehefrau Bertha Lucie Catharina geb. Cordes; 3. das Testament des hierselbst am 8. Juni 1897 verstorbenen Tischlermeisters Johann Ludwig Friedr. Christian Hanke (Hancke).

Elmshorn. Bürgermeister Thomsen hat gegen die Herren: Drogisten Cl. Panje, Maurermeister Gottfried Wiese, Oelfabrikanten G. Junge und A. Junge und Gerbereibesitzer H. Strecker, welche eine Versammlung anberaumt und zum Gegenstand der Versammlung den Fall von Köller-Thomsen bestimmt hatten, Klage erhoben. Die Versammlung war nicht polizeilich angemeldet und wurde daher aufgelöst. Der hiesige Hülfsrichter Assessor vom Hof hat die Leitung der Sache abgelehnt, und kommt der Fall am 1. Juli vor dem Amtsgericht in Uetersen zur Verhandlung. Auch gegen die Besitzerin des Lokals, Frau Wwe. Kelling ist Klage erhoben.

Kiel. Das hiesige Schwurgericht verurtheilte am 22. Juni den Lohgerber Henkmann aus Eckernförde zu 9 Monaten Gefängniß wegen betrügerischen Bankerotts. Sein Kompagnon, der Lohgerber Schütt, wurde in der vorigen Schwurgerichtsperiode zu derselben Strafe verurtheilt. Die Beiden haben in Gemeinschaft mit dem Lohgerber Springer in Eckernförde eine Lohgerberei gehabt, und sind, als sie sahen, daß das Geschäft schlecht ging, nach der Schweiz geflüchtet; als sie zurückkamen, wurden sie verhaftet.

See-Berichte.

D. Gustav Wasa, Svedberg, ist in Stockholm angekommen.
D. Svithiod, Blomberg, ist von Kalmar auf Lübeck abgegangen.
D. Lübeck ist gestern von Ljusne nach hier abgedampft.
D. Newa ist von Kronstadt auf hier abgegangen.
D. Alpha ist von Abo nach Räfsö weitergedampft.

Vortheilhafte Offerte für Schneiderinnen.

Rockfutter in allen Farben, Meter **16, 19, 23, 29** Pfg.
Rockmoiré in allen Farben, Meter **28, 31** Pfg. **Gaze,** Meter **18, 25, 35** Pfg.
Taillenfutter, Meter **28, 35, 45** Pfg., **doppelseitig** Meter **39, 42, 60** Pfg.
Perlgarnituren, Stück **49, 75, 89, 95** Pfg. bis **4.85** Mk.
Besatzseide in allen Farben, Meter **85** Pf. u. **1.80** Mk., **Sammet,** Mtr. **75** Pf., **1.15, 1.85** Mk.
Velourborde in allen Farben, Meter **5, 7, 10** Pfg. **Gurtband,** Meter von **4** Pfg. an.
Schweissblätter, Paar **6, 8, 12, 14, 19** Pfg. **Kleiderknöpfe,** Dutzend von **5** bis **45** Pfg.

Waarenhaus Max Braun, Lübeck.

33 Breitestraße 33 Früher Bavaria. 33 Breitestraße 33.

Feste Preise. — Streng reelle Bedienung.

Elsa Wohlers
Joachim Reier
Verlobte.
Lübeck 1897.

Verlobte.
Mathilde Ohder
Ludwig Beuch
Ratzeburg. Lübtheen, z. Z. Lübeck.

Zu vermiethen ein freundlich möblirtes Zimmer an 2 junge Leute Gr. Gröpelgrube 41.

Gesucht zu sofort ein Laufjunge
E. Reinberg, Hüxstraße 41.

Zu verkaufen ein gut erhaltener Eichenkoffer. Preis 3 Mk.
Helenenstraße 7, 1. Et.

Zu verkaufen eine gut erhaltene Petroleummaschine mit 4 Flammen
Pelzerstraße 5a, 1. Et.

Zu verkaufen Sopha und 4 Stühle, rothbr. Bezug, Vertikow 30 Mk., Eckgarder., Rohrst., Kleiderschr., billig Fünfhausen 25.

Gefunden ein Ring.
Abzuholen Pelzerstraße 23.

Butter, Pfd. 95 Pfg.
empfiehlt **Frommhagen,** Mühlenstr. 81.

Apfelwein, Fl. 30 Pfg., so lange der Vorrath reicht
Frommhagen, Mühlenstraße 81.

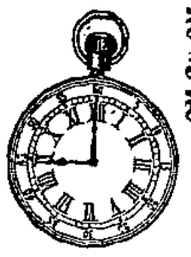
Hochfeine Margarine, Pfd. 55 Pfg., **feine Margarine,** Pfd. 40 Pfg., **hochfeines Schmalz,** Pfd. 50 Pfg., 2 Pfd. 75 Pfg., bei 5 Pfd. à 35 Pfg., **feinste Landmettwurst,** Pfd. 95 Pfg., **Tilsiter Käse,** Pfd. 30, 60 und 80 Pfg., **Holländischer Käse,** Pfd. 70 Pfg. und 1 Mk. empfiehlt
Joh. Breede,
Dankwartsgrube 37. Mühlenbrücke 7.

Van den Bergh's Margarine
pr. Pfd. 50 u. 60 Pfg. bei Abnahme von mehr billiger.
Holsteiner Käse per Pfund 20 und 35 Pfg.
Tilsiter Käse per Pfund 40, 60 und 80 Pfg.
Speck, fett und durchwachsen, pr. Pfd. 70 Pf.
Mühlenstr. 29. **Ludwig Behncke.**

Probiren Sie bitte
Ludw. Hartwig's
streng naturell geröstete Caffees
das Pfund zu **1,20 Mk.**

Schuhwaaren-Fabrik
Mühlenstraße 32. **F. Baurenfeind** Ecke Kapitelstraße.
Großes Lager in
Damen-, Herren- u. Kinderstiefeln.
Nur solide Waare zu den billigsten Preisen.
Reparaturen prompt und billig.

Concordia-Garten.
Humoristische und theatralische Aufführungen, verbunden mit Tanz, arrangirt von **W. Saueracker, am Sonntag den 27. Juni.** Anfang **5** Uhr. Ende **2** Uhr. Eintritt 50 Pfg., Damen frei. Zu diesem auf vielseitigen Wunsch veranstalteten Feste ladet alle Freunde und Bekannte, sowie die Mitglieder des **Quartett-Vereins „Luba"** freundlichst ein
W. Saueracker und Frau.



Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
Uhrgläser 1. Qual. **0,30.**
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Die Schweineschlachterei
von
W. Strohfeldt
73 Glockengießerstraße 73
empfiehlt:

Frische Flohmen,	**Pfd.**	**50 Pf.**
Schweinefleisch . .	**Pfd.**	**50 Pf.**
Karbonade . . .	**Pfd.**	**60 Pf.**
Quenfleisch . . .	**Pfd.**	**50 Pf.**
Prima Schmalz . .	**Pfd.**	**60 Pf.**
Braten-Schmalz . .	**Pfd.**	**30 Pf.**
Kopf und Bein . .	**Pfd.**	**20 Pf.**
Geräucherten Speck	**Pfd.**	**60 Pf.**
Gekochte Mettwurst	**Pfd.**	**60 Pf.**
Geräuch. Mettwurst	**Pfd.**	**70 Pf.**

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an
liefert prompt und sauber
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 50.

Nur noch ein paar Tage
Ausverkauf
des gesammten Lagers
fertiger Herren- u. Knabengarderoben
zu spottbilligen Preisen.
Blaue Cheviots-Reste,
ganzes Meter Mk. 1,20.
D. Wallach
Sandstraße 4.

Neue Damenkapelle
in Stadt Stockholm.

Achtung Flußschiffer!

Die Beerdigung unseres Collegen **Aug. Boldt** findet am Sonnabend den 26. Juni um 11½ Uhr vom Trauerhause, Hartengrube 13/8, aus statt. Versammlung der Mitglieder dortselbst um 11 Uhr. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Vereinshaus.
Sonntag den 27. Juni
Unterhaltungs-Musik.
ff. Actien-, Adler- und Hansa-Biere
auf Eis.
A. Stolle.

Allgem. Arbeiterverein für Moisling und Umgegend.

Einladung zum Ball
mit Kinder-Vergnügen
am Sonntag den 27. Juni
im Lokale des Hrn. Schreiber, Moisling.
Anfang 4 Uhr. Ende Morgens. Entree 1 Mk.
Das Comité.

Seefahrer-Krankenkasse
Sommerfest
verbunden mit Concert, Ball, Vogelschießen, Damen- u. Kindervergnügen
am Sonntag den 27. Juni
auf Neulauerhof.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Das Fest-Comitee.

Quartett-Verein „Amicitia".
Ausflug nach Ratzeburg
am Sonntag den 27. Juni.
Abfahrt Mittags 1 Uhr 30 Minuten.
Fremden-Einführung gestattet.
NB. Versammlung der Mitglieder um 12½ Uhr im Vereinslokal. Mit Musik nach dem Bahnhof. Fahrkarten werden nur bis Sonnabend Abend den 26. Juni ausgegeben.
Vereinszeichen ist anzulegen.
Der Vorstand.

Verantwortlicher Redacteur: August Kasch. Verlag: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co. sämmtlich in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 146. Sonnabend, den 26. Juni 1897. 4. Jahrgang.

Uebersicht über die zur Zeit für die Landtage der deutschen Einzelstaaten bestehenden Wahlverfahren.

I.

Als Beitrag für die Diskussion über die Möglichkeit und Art einer Betheiligung an den Landtagswahlen veröffentlichen wir nachstehend eine gedrängte Uebersicht über die zur Zeit für die Landtage der deutschen Einzelstaaten bestehenden Wahlverfahren. Die Bestimmungen über die Zusammensetzung der ersten Kammer (Herrenhaus und Senat) in den Staaten mit Zweikammersystem, sowie die für die Mecklenburger und für Elsaß-Lothringen bestehenden Verhältnisse haben wir der Vereinfachung halber fortgelassen. Bemerkt sei, daß durchweg nur Staatsangehörige männlichen Geschlechts aktives und passives Wahlrecht haben, daß ferner durchweg Bevormundung, Konkursfall, strafgerichtliche Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und Empfang von Armenunterstützungen die Wahlberechtigung aufhebt, und daß in ganz Deutschland für aktive Militärs das (aktive, nicht das passive) Wahlrecht ruht. Jeder Kritik der einzelnen Bestimmungen haben wir uns enthalten, um nicht der selbstständigen Beurtheilung über die taktischen Folgen der Wahlverfahren vorzugreifen.

Wahlberechtigt ist in Preußen jeder Preuße, der das 24. Lebensjahr vollendet hat und in einer Gemeinde seit 6 Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. Die Wähler wählen nicht direkt den Abgeordneten, sondern wählen als Urwähler in Urwahlbezirken Wahlmänner. Die so gewählten Wahlmänner desselben Wahlkreises treten an einem späteren Tage zusammen und wählen ihrerseits den oder die Abgeordneten des Wahlkreises. Preußen ist in 256 Wahlkreise getheilt, in denen je 1 bis 3, insgesammt 433 Abgeordnete, zu wählen sind. Jeder Wahlkreis zerfällt in eine Anzahl Urwahlbezirke von je 750 bis 1749 Urwählern (bei den letzten Wahlen waren 24 130 Urwahlbezirke für die 256 Wahlkreise vorhanden). Jeder — von der Verwaltungsbehörde abgegrenzte — Urwahlbezirk wird nach Maßgabe der von seinen Urwählern zu entrichtenden direkten Staats-, Gemeinde-, Bezirks- und Provinzialsteuern in 3 Abtheilungen getheilt. Diese Theilung erfolgt in der Weise, daß auf jede Abtheilung ein Drittel der gesammten Summe der Steuerbeträge aller Urwähler fällt. Die Höchstbesteuerten, welche das erste Drittel aufbringen, bilden die erste Abtheilung (gewöhnlich Klasse genannt), diejenigen, die das zweite Drittel aufbringen, die zweite, der Rest die dritte Klasse. Beträgt beispielsweise die Anzahl der Urwähler des Urwahlbezirks 800 und die Gesammtsteuer-Summe, die diese 800 Wähler jährlich zu zahlen haben, 90 000 Mk., so wird die erste Klasse gebildet: aus dem Einen, der allein 30 000 Mk. Steuern zu zahlen hat, die zweite Klasse aus den nächst hoch besteuerten 30 Leuten, die zusammen 30 000 Mk. zahlen und die dritte Klasse aus den übrig bleibenden 769 Wählern. Jede Klasse wählt für sich Wahlmänner. Für je 250 bis 499 Einwohner des Urwahlbezirks ist ein Wahlmann, für jeden Wahlbezirk also 3 bis 6 Wahlmänner zu wählen. In jeder Klasse sind, wenn 3 oder 6 Wahlmänner zu wählen sind, gleich viel (1 oder 2) Wahlmänner zu wählen. Sind 4 Wahlmänner zu wählen, so wählt die zweite Klasse 2, die übrigen je einen Wahlmann. Sind 5 zu wählen, so wählt die erste und dritte je 2, die zweite einen.

Die Wahl der Wahlmänner wird in folgender Art vorgenommen. Im Wahllokal wird jeder Wähler — die der dritten Klasse zuerst — einzeln aufgerufen, tritt an den Wahltisch und giebt öffentlich seine Stimme für soviel Wahlmänner ab, als in der Abtheilung zu wählen sind. Hat sich die absolute Mehrheit auf die zu wählende Anzahl Wahlmänner vereinigt, so sind diese gewählt. Ist eine absolute Mehrheit nicht bei allen Wahlmännern erreicht (ist z. B. bei einer Wahl von 3 Wahlmännern nur auf einen Wahlmann die Mehrheit gefallen, so kommt in engere Wahl die doppelte Anzahl der noch zu wählenden Wahlmänner (bei unserem Beispiel also 4). Ueber diese 4 wird abermals abgestimmt und diese Prozedur so lange fortgesetzt, bis die erforderliche Anzahl Wahlmänner mit absoluter Mehrheit gewählt ist. Erst dann können die zur Wahl erschienenen Urwähler abtreten.

Die aus den drei Abtheilungen der verschiedenen Urwahlbezirke desselben Wahlkreises gewählten Wahlmänner wählen in gemeinsamer Wahl einige Tage später den oder die Abgeordneten ihres Wahlkreises. Auch diese Wahl geschieht durch öffentliche Stimmabgabe. Es werden, wo mehrere Abgeordnete zu wählen sind, dieselben nicht gleichzeitig, sondern hintereinander gewählt. In 105 der 256 preußischen Wahlkreise ist je ein, in 125 sind je zwei und in 26 Wahlkreisen je drei Abgeordnete zu wählen.

Die Wahl in Preußen ist also eine allgemeine, indirekte, auf Zensus und Dreiklassen-Wahlsystem beruhende öffentliche Wahl.

In Bayern kann zum Landtag wählen: jeder in Bayern wohnhafte 21jährige Bayer, der seit mindestens 6 Monaten direkte Staatssteuern entrichtet und den Verfassungseid geleistet hat.

Die Wahlart ist eine indirekte. Jeder Urwahlbezirk wählt drei bis sieben Wahlmänner, diese den oder die Abgeordneten. Die Urwahlbezirke werden nicht nach Steuerklassen getheilt oder gebildet. Die Wahlen sind geheim.

In Württemberg ist wahlberechtigt, wer 25 Jahre alt ist und württemberger Staatsbürgerrecht besitzt. Die Wahl ist eine direkte und geheime. Dem Landtage gehören aber außer den in jedem der 63 Oberamtsbezirke zu wählenden Abgeordneten an: 13 Mitglieder des ritterschaftlichen Adels, 6 protestantische Generalsuperintendenten, ferner der Landesbischof, der älteste katholische Dekan, ein vom Domkapitel Ausgewählter, der Kanzler der Landesuniversität und 7 von den Städten Stuttgart, Tübingen, Ludwigsburg, Ellwangen, Ulm, Heilbronn und Reutlingen Gewählte.

In Sachsen ist wahlberechtigt jeder 25jährige Sachse, der seit sechs Monaten in einer Gemeinde wohnt und entweder Grund- oder Einkommensteuer für ein Einkommen von wenigstens 400 Mk. zahlt. Die Wahlart ist eine indirekte und eine Dreiklassenwahl. Die Dreiklassenbildung erfolgt ähnlich wie in Preußen, jedoch mit folgenden erheblichen Abweichungen: 1. In der Regel ist nicht die Steuersumme des Urwahlbezirks, sondern die des Wahlkreises zu dritteln, 2. den Grundbesitz erlassene, sowie Gemeinde-, Provinzial- und Gewerbesteuern kommen nicht zur Anrechnung, 3. in die erste Klasse kommen unter allen Umständen alle Wähler, die wenigstens 300 Mark in die zweite alle, die wenigstens jährlich 38 Mk. Steuern entrichten, d. h. über 2200 Mk. Jahreseinkommen haben, 4. 2000 Mk. übersteigende Steuern kommen nur mit 2000 Mk. in Ansatz, 5. auf jeden Wahlmann müssen — auch in der ersten Abtheilung — mindestens 5 Wähler kommen. Die Wahlen der Wahlmänner und der Abgeordneten sind geheime.

In Baden sind wahlberechtigt: alle Staatsangehörigen, die über 25 Jahre alt sind und in dem Wahlbezirk ihren Wohnsitz haben. Die Wahlen sind indirekte, jedoch nicht auf Zensus beruhende und geheime. Die zweite Kammer besteht aus 63 Abgeordneten.

In Hessen ist wahlberechtigt, wer 25 Jahre und Hesse ist und seit Anfang des Kalenderjahres Einkommensteuer bezahlt hat. Die Wahlen sind indirekte, beruhen nicht auf dem Zensus und sind geheime. Die zweite Kammer besteht aus 50 Abgeordneten, nämlich aus zehn Abgeordneten der Städte Darmstadt (2), Mainz (2), Gießen, Offenbach, Friedberg, Alsfeld, Worms, Bingen, 40 Abgeordneten der übrigen Städte und Landgemeinden (Starkenburg 17, Oberhessen 13, Rheinhessen 10.)

(Schluß folgt.)

Soziales und Partei-Leben.

Sozialdemokratische Preßsünder. Genosse Michels in Köln hat eine elfmonatliche Gefängnißstrafe angetreten, die ihm als verantwortlichem Redakteur der „Reinischen Zeitung" wegen zweier Preßvergehen auferlegt ist. — Am Dienstag hat unser Genosse August Diehl das Landesgefängniß in Zwickau verlassen, um in die sächsisch-deutsche Freiheit zurückzukehren. Sechszehn Monate büßte dort Genosse Diehl ab, die er sich als Redakteur unseres Burgstädter Parteiorgans wegen Majestäts-, Behörden- und Offiziers-Beleidigung zugezogen. Während der Inhaftirung erkrankte Genosse Diehl, so daß er einen dreimonatlichen Urlaub erhielt, welche Zeit er wieder „nachsitzen" mußte.

Das Protokoll des vom 14. bis 19. März d. J. in Magdeburg abgehaltenen vierten ordentlichen Verbandstages des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ist im Druck erschienen. Es enthält sehr werthvolles, übersichtlich zusammengestelltes Material über die Arbeitsverhältnisse und über die Organisationsthätig-

Stefan vom Grillenhof.

Roman von M. Kautsky.

(98. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.

„Stefan!" rief sie mit all' der Inbrunst und all' dem aufjubelnden Entzücken ihres leidenschaftlichen Herzens. Die Tiefe, in der er hing, war nicht allzu beträchtlich, er konnte von dem Falle nur betäubt sein, vielleicht verletzt, aber nicht todt.

Seine Lage war jedoch äußerst gefährlich, sie war entsetzlich. Sie mußte zu ihm, sie mußte ihn retten, und zwar sogleich, so schnell wie möglich.

Ohne sich weiter zu besinnen, ohne zu bedenken, daß ihre schwachen Kräfte nimmer dazu ausreichen würden, um ihm Hülfe zu bringen, begann sie den steilen Abhang hinabzuklettern.

Zur Zeit der Erbauung der Burg war dies eine kahle Felswand gewesen, aber im Laufe der Zeit hatte sich in allen Ritzen und Flächen des Kalkfelsens humusreiche Erde angesetzt, einzelne Bäume und Sträucher waren hervorgewachsen und mit Kräutern und Schlingpflanzen aller Art war das Gestein überwuchert. Nandl klammerte sich an allem, was ihren kleinen Händen einen Stützpunkt darbot, fest und begann hinabzuklettern.

Der Hund zögerte noch, mit ihr den schwindelnden Weg zu betreten, heulend lief er oben hin und her; aber als sie immer tiefer von ihm hinabstieg, überwand er seine Scheu und, vorsichtig die Tatzen einsetzend, suchte er ihr zu folgen.

Nandl war bald in der Höhe des Körpers angelangt. Einige Klafter tiefer breitete sich ein mächtiger Felsenvorsprung aus, der sich nur allmählich abdachte; hier entsproßte der Ahorn, von dessen oberen Stämmen Stefan aufgefangen worden war; er hatte feste Wurzeln schlagen und sich kräftig entwickeln können! jetzt neigte er sich in Folge der auf ihm lastenden Schwere noch mehr dem Abgrunde zu.

Nandl übersah das mit einem Blick und sie erkannte sofort, daß sie nur von ihrem jetzigen Standpunkte aus Stefans Körper erreichen könne. Mit einer Waghalsigkeit, ja Todesverachtung, deren der Mensch nur in den Augenblicken höchster Nervenanspannung fähig ist, ließ sie jetzt mit einem Male die Sträucher, die sie mit den Händen fest umklammert gehalten hatte, los und, sich dem Abgrunde zuneigend, schwang sie sich zugleich dem Geäste des Baumes entgegen und erwischte es glücklich. Nur mit den Zehen hatte sie jetzt festen Boden unter sich, aber ihr Arm klammerte sich um Stefans Hüfte, die, auf den Zweigen ruhend, noch einen festen Halt hatte, indeß sein Oberkörper haltlos sich abwärts senkte. Sie befühlte den Körper, er erschien ihr kalt; aber das konnte ja auch von der Feuchte der Nacht herrühren, die ihn durchdrungen hatte, ja, so mußte es sein. Bald vermochte sie die Vibration der Pulse zu unterscheiden, sein Herz klopfte, — er lebte!

Nandl rief Stefan beim Namen, sie sprach zu ihm, sie rüttelte an ihm, er rührte sich nicht; eine tiefe Ohnmacht mochte dem Sturze gefolgt sein, und durch seine entsetzliche Lage, die alles Blut gegen seinen Kopf drängte, war es kaum wahrscheinlich, daß er davon erwachen würde. Und sie konnte nichts thun, um ihn daraus zu befreien, allein nichts, es war unmöglich! Und jetzt — jetzt glaubte sie zu fühlen, wie der Körper fast unmerklich rutschte, nach vorwärts, der Schwere des Oberkörpers folgend, dem Abgrund zu. Die Füße schienen zwar so festgeklemmt, sie waren zwischen den Stämmen eingekeilt, und doch, doch — jetzt wieder, — es schien unzweifelhaft. Sie wußte nicht, daß das Fleisch an den Waden sich allmählich von den Knochen schob und daß, in dem Maße als dieses Hinderniß schwand, die eigene Schwere ihn abwärts zog. Sie kannte die Ursache nicht, aber sie sah die Wirkung, sie ahnte die Gefahr und diese machte sie fast wahnsinnig. Sie mußte Leute rufen, Hilfe suchen, dies war das Einzige, wodurch sie ihn retten konnte. Aber sollte sie fortgehen, ihn verlassen? — verlassen in dieser Lage? Und ehe sie wiederkehrte, konnte das Schreckliche geschehen sein, er konnte hinabgestürzt sein in die Tiefe. Nein, sie durfte sich nicht von ihm trennen, sie konnte es nicht, sie mußte bei ihm bleiben. Sie würde vielleicht ein Mittel finden, das Vorrutschen aufzuhalten; sie vermeinte, so lange sie bei ihm sei, so lange sie ihn mit ihren Armen umfasse, könne es nimmer zum Aeußersten kommen, sie würde, sie müsse die Kraft haben, ihn zurückzuhalten, den Fall zu hindern. Trotzdem durfte kein Augenblick verloren gehen, um sichere Hilfe herbeizuschaffen. Sie rief Ajax. Der Hund kam heulend fast bis zu ihr herunter, und nun versuchte sie es, nachdem sie Stefan losgelassen und einen Ast erfaßt hatte, sich daran festhaltend, aus ihrer vorgebeugten Lage langsam sich zurückgleiten zu lassen und gleichzeitig wieder festen Boden unter sich zu gewinnen. Es war ein schwieriges Unternehmen, das Gerölle kollerte ihr unter und über die Zehen hinweg, der eine Fuß hatte sich jetzt festgesetzt, der andere folgte, mit der einen Hand hielt sie noch den Zweig an seinem äußersten Ende, er drohte ihrer Hand zu entgleiten; jetzt hatte sie, mit der Rechten um sich greifend, glücklich eine Staude erfaßt, und nun konnte sie den Ast loslassen, — er schnellte zurück. Sie klebte wieder an der Felswand. Der Hund kroch zu ihr und beleckte ihre blutenden Hände. Sie blieb ermattet liegen, aber nur einen kurzen Augenblick, sie faßte sich sogleich wieder, sein Leben hing von Minuten ab. Sie riß ihr lichtes Halstuch, das sie um die Schulter geschlungen hatte, herunter, sie netzte es mit dem Blute ihrer Wunden und knüpfte hierauf ein Stückchen Gerölle in einen Zipfel desselben. Sie sprach dabei beständig zu dem aufmerksam sie anblickenden Hunde: „Du läufst damit zu Sepp und Anton, — hörst du!? du wirst ihnen das bringen, dem Sepp, dem Anton, sie werden verstehen, daß ich in Gefahr bin, sie werden dir folgen, du bringst sie hierher." Sie band ihm das Tuch fest an das Halsband. „Jetzt lauf, lauf, — marsch, fort, Ajax, fort — zu Sepp und Anton!" Der Hund bellte, sie jagte ihn den Abhang hinauf und er lief hierauf, den Schweif hochhaltend, in rasender Eile davon. Er hatte den Befehl wohl verstanden, er lief Lindau zu. In weniger als sieben Minuten hatte er das kleine, alte Häuschen der Huberin, das die beiden Burschen bewohnten, erreicht; das Fenster war offen, er sprang gegen

keit der Maurer. Die 164 Seiten starke Broschüre kostet trotz ihres großen Umfangs nur 20 Pf.

Achtung, Maler! Haltet den Zuzug fern nach Eberswalde, Gmünd (Württemberg), Minden, Speyer, Schwerin und Wilhelmshaven.

Bergarbeiter-Bewegung im Revier Zeitz-Weißenfels. Am Sonntag wurde in Zeitz eine Versammlung von Bergleuten der verschiedenen Gruben abgehalten, die nach zweistündiger Diskussion der Antwort der Zechenverwaltungen folgende Beschlüsse faßte: „1) Die Bergarbeiter des Weißenfels-Zeitzer Reviers sind von der Antwort der Grubenverwaltungen nicht befriedigt. Die Erfüllung unserer Forderungen ist bei gutem Willen der Verwaltungen leicht möglich. Unter Aufrechterhaltung unserer Forderungen und namentlich der Achtstundenschicht wollen wir aber vorläufig uns damit bescheiden, daß auf allen Gruben die Löhne und anderweiten Arbeitsverhältnisse so gestellt werden, wie jetzt auf den Riebeck'schen Montanwerken, nämlich in Akkord 4 Mk. für Heuer und 3,60 Mk. für Schieber, sowie 3,50 Mk. bezw. 3,30 Mk. in Schichtlohn und für die Tagebau-Arbeiter 20 pCt. Lohnerhöhung. Diese Löhne dürfen nicht mehr herabgesetzt werden. Wo diese Forderungen nicht erfüllt werden, soll die Arbeitsniederlegung erfolgen bezw. fortbestehen. 2) Auf jeder Grube ist, wo es noch nicht geschehen, ein Arbeiterausschuß zu wählen. Derselbe hat über die in den einzelnen Gruben bestehenden Mißstände mit der betr. Grubenverwaltung zu verhandeln und die Abstellung der Mißstände zu fordern. 3) Der Zwölferkommission ist bis zum Abend des 22. Juni (Dienstag) von jeder Grube genaue Mittheilung zu machen über den Verlauf der bis dahin geführten Verhandlungen. — Viele Redner waren für den Streik. Nur langsam gelang es, der Meinung Geltung zu verschaffen, daß vorläufig noch andere Mittel versucht werden müssen. Lebhafte Klagen wurden laut über die Behandlung und die Zustände auf einzelnen Gruben. — Am Montag Nachmittag ging die Verhandlung der Kommission der Bergarbeiter mit dem Generaldirektor Fabian aus Halle in einem Zimmer des Bahnhofes in Weißenfels vor sich. Die Kommission war brieflich aufgefordert worden, dorthin zu kommen. An der Verhandlung betheiligten sich noch Bergrath Haase und Inspektor Gießmann aus Zeitz. Wenn die Arbeiter erwartet hatten, daß man ihnen entgegenkommen würde, so hatten sie sich getäuscht. Der Generaldirektor lehnte die in der Resolution niedergelegten Forderungen rundweg ab, ja er erklärte, daß eigentlich die streikenden Arbeiter der Grube „Neue Sorge" seine Arbeiter nicht mehr wären, da sie ja die Arbeit verlassen hätten. Er wolle jedoch Gnade vor Recht ergehen lassen, wenn die Arbeiter wieder anfahren würden. Die Kommission der Bergarbeiter brach hierauf die Verhandlung ab. Am Mittwoch Abend sollen in einer Versammlung die weiteren Maßnahmen getroffen werden. Im Uebrigen hat sich auch die Situation im ganzen Revier verschärft. Trotzdem in einer Versammlung in Trebnitz, die im Anschluß an die Zeitzer Versammlung am Sonntag Abend stattfand, dieselben Beschlüsse gefaßt wurden, wie in der Zeitzer Versammlung, wurde am Montag früh in einer ganzen Anzahl von Gruben im Bezirke Strekau-Teuchern die Arbeit eingestellt. Nur auf den Riebeck'schen Montanwerken wird noch gearbeitet. Es stehen im Ganzen gegen 1200 Mann im Streik. — Zuzug ist fernzuhalten. Anfragen und Sendungen sind zu richten an Eduard Becker, Teuchern, Gasthof „Zum grünen Baum".

Aus Nah und Fern.

„Verweigere die Annahme wegen Verlobung!" schrieb in Bromberg ein Dienstmädchen auf einen Brief, den ihr ein früherer Geliebter gesandt. Sie hatte nämlich die Schriftzüge des verflossenen Schatzes auf dem Umschlag erkannt.

Gleiwitz. „Thu' einem Schutzmann nie ein Leid!" Wegen „Beamtenbeleidigung" wurde ein hiesiger Gastwirth zu 4 Wochen (!) Gefängniß verurtheilt. Dem Gastwirth hatte die Anwesenheit des Polizeibeamten in seinem Lokal nicht gefallen. Mit der Redensart: „Stehe ich denn unter Polizeiaufsicht? hatte er dem Polizeibeamten das nahe gelegt. Der Polizist: „Allerdings stehen Sie auch unter meiner Aufsicht!" Der Gastwirth: „Das werde ich Ihnen anstreichen!" Der Gastwirth verklagte den Beamten, wurde aber selbst zur obigen Strafe verurtheilt.

Feuer im Zuchthause. In der Strafanstalt zu Sonnenburg kam auf bisher unaufgeklärte Weise in einer im zweiten Stock des Gebäudes belegenen Materialienkammer Feuer aus. Durch die Aufmerksamkeit eines Militärpostens, der den Brand entdeckte und Meldung erstattete, konnte durch sofortiges Eingreifen des Direktors mit Spritzen, welche von Sträflingen bedient wurden, das Feuer innerhalb weniger Stunden gelöscht werden. Die in dem betreffenden Gebäude untergebrachten Sträflinge wurden in andere Räume übergeführt.

Eine Blutthat. Heidelberg, 21. Juni. Heute Früh fand ein Bediensteter des Schlachthauses in der Nähe der Kiesgrube an der Eppelheimer Chaussee die 19 Jahre alte Elise Ritter, Tochter des Landwirths Adrian Ritter von hier, mit Stichwunden an Kopf und Hals bedeckt, blutüberströmt und in bewußtlosem Zustande am Wege liegen. Dieser benachrichtigte sofort den Vater des gräßlich zugerichteten Mädchens, der dann seine Tochter in einem Wagen in seine Wohnung bringen ließ. Jetzt liegt das Opfer der scheußlichen That im Akademischen Krankenhaus. Wie weiter mitgetheilt wird, hatte das bedauernswerthe Mädchen bei der Enthüllung des Kriegerdenkmals in Eppelheim als Festjungfer mitgewirkt, sich am Tanze betheiligt und dann bei ihrem Onkel in Eppelheim übernachtet. Als sie heute Früh um 5 Uhr den Heimweg angetreten hatte, wurde sie, wie sie ausgesagt haben soll, von einem unbekannten Manne mit grauem Anzuge, braunem Hut und einem Festabzeichen überfallen und, als sie sich zur Wehr setzte, in der oben angegebenen Weise verletzt. Von dem Thäter hat man noch keine sichere Spur. Doch fand man an dem Thatorte einen Regenschirm, der vielleicht auf die Spur des scheußlichen Verbrechens führen könnte, auch wurde im Laufe des Vormittags auf der Hauptstraße ein junger Mann, angeblich Schlosser, verhaftet, der einen grauen Anzug trug, ein blaues Auge und verkratztes Gesicht sowie Blutspuren an den Kleidern hatte. Er erkannte den gefundenen Schirm als sein Eigenthum, will aber die Verletzungen auf der Kirchweihe in Handschuhsheim davongetragen haben.

Wer säugt die Prinzessin? Unsere bürgerliche Presse hat wieder einmal eine große Staatsfrage zu besprechen. Beim Väterchen Nikolaus in Petersburg ist der Storch eingekehrt und hat ein kleines allerdurchlauchtigstes Prinzeschen gebracht. Mehrere Blätter brachten die welterschütternde Nachricht, daß eine französische Amme das kleine Dings säuge. Die antisemitische „Deutsche Wacht" tritt dagegen auf und meint, die Amme sei eine Russin. Hoffentlich wird kein Krieg entstehen über die Frage, welche Nation das Recht hat, ein Bauermädel zu stellen, an dessen Brüsten der kaiserlich russische Sprößling seinen Durst stillt.

Kapitän Boycott, dessen Name die internationale Sprache um ein neues Wort bereichert hat, ist in Flexton, in Suffolk, gestorben. Er war Verwalter der ausgedehnten Güter des Grafen Erne in der irischen Grafschaft Mayo und machte sich durch Strenge gegen die Pächter so verhaßt, daß das Volk ihn förmlich in den Bann that. Niemand wollte für ihn mehr arbeiten, alle seine Knechte liefen davon, kein Bäcker durfte ihm mehr Brot verkaufen und er konnte nicht einmal seine Wäsche gewaschen bekommen. Unter starkem militärischen Schutz brachten im November 1880 oranjistisch gesinnte Arbeiter aus Ulster seine Ernte ein, seine Vorräthe in Sicherheit und geleiteten ihn selbst nach einem andern Ort. Seitdem wird der Ausdruck „boycotting" (boykottiren), der zum ersten Mal in einer Dubliner Zeitung" vom 13. November 1880 gebraucht wurde, für eine derartige Behandlung ihrer Gegner seitens der Iren üblich und später auch auf ähnliche Vorgänge außerhalb Englands übertragen. Kapitän Boycott soll in den letzten Jahren in seinem Wohnort wieder sehr beliebt gewesen sein.

Eine neue Blutthat des Philippopeler Polizeipräfekten wird bekannt. Die Untersuchung über die Ermordung der Sängerin Anna Simon hat jetzt eine zweite Blutthat ans Licht gebracht, die in Zusammenhang mit jenem Verbrechen steht. Kurz vor Ostern wurde einige Kilometer außerhalb Philippopels die Leiche eines Mannes gefunden, der sich erschossen haben sollte. Jetzt stellt sich heraus, daß das Gerücht von dem Selbstmorde nur zu dem Zwecke verbreitrt worden ist, um die Ermordung dieses Mannes durch den Polizeipräfekten Novelic, dem er im Wege war, zu verheimlichen. Der Getödtete hatte sich nämlich durch Zufall an dem Abende, an welchem Anna Simon ermordet wurde, nahe dem Thatorte am Ufer der Maritza befunden. Er erzählte in den nächsten Tagen, er habe Hülferufe von einer Frauenstimme gehört und sei der Gegend zugelaufen, aus der sie kamen. Dort fand er einen leeren Wagen mit brennenden Laternen. Er vermuthete sofort, es sei ein Verbrechen begangen worden, flüchtete nach Philippopel und ging zum Polizeipräfekten Novelic, dem er den Vorfall meldete. Novelic, in Sorge, das von ihm begangene Verbrechen werde ruchbar werden, beauftragte denselben Gendarmen Bogdan Vasiliew, der bei der Ermordung der Anna Simon mitgeholfen hat, mit dem betreffenden Manne, der die Anzeige gemacht hatte, an den von ihm bezeichneten Ort zu gehen und die Sache zu untersuchen. Als die Beiden einen Kilometer außerhalb der Stadt — an die Maritza — kamen, erschoß der Gendarm den Mann, steckte ihm ein von Novelic verfaßtes Schreiben, das besagte, er, der Todte, habe sich aus Nahrungssorgen das Leben genommen, in die Tasche und entfernte sich.

Dampfrohrexplosion auf hoher See. Margate, 20. Juni. Der Dampfer „Prodano", M'Gregor, aus und von Sunderland mit Kohlen nach Neapel, liegt unweit hier vor Anker. Das Schiff hat beim Kentish Knock eine Dampfrohrexplosion gehabt, durch die der zweite und dritte Maschinist, sowie zwei Heizer, unter den Letzteren ein Deutscher Namens C. Kaulbach fürchterliche Verletzungen erlitten, denen drei fast unmittelbar nach dem Unfalle erlagen, während der vierte noch an Land und in's Hospital gebracht wurde, wo er aber nach mehrstündiger Bewußtlosigkeit verschied.

Heißer Regen. Eine außergewöhnliche meteorologische Erscheinung wird aus Chassaw-Jurt im Terekgebiete gemeldet. Im Mai ging dort ein glühend heißer Regen nieder, unter dessen Einfluß die Früchte verwelkten, zusammenschrumpften und von den Bäumen abfielen. Das Regenwasser hatte einen salzigen Geschmack.

---

dasselbe und erhob ein wüthendes Gebell. Sepp erwachte und kam zu ihm heraus. Er bemerkte das Tuch, das Ajax mit den Zähnen aus seinem Halsband zu zerren versuchte; er nahm es auf und erkannte es als das der Nandl.

Wie rastlos, in welch' verzehrender Angst war Nandl indeß um Stefan bemüht, wie zählte sie die Minuten, ehe ihm Hilfe werden konnte. Sie stieß von Zeit zu Zeit laute Hilferufe aus, es war ja möglich, sogar wahrscheinlich, daß jemand an der Ruine vorüberkam, es war der einzige, des Nachts passirbare Weg durch den Wald, und jeder Vorübergehende würde dann ihre Stimme vernehmen. Sie selbst mußte wieder zu ihm und sie begann ein zweitesmal, den gefahrvollen Weg hinabzuklettern. Sie hatte diesmal den wollenen Plaid, den sie vorhin am Rande des Abhanges liegen gelassen, mitgenommen, er konnte ihr von Nutzen sein. Sie kam so tief wie das vorigemal; sie sah unweit von sich eine Föhre, sie kroch bis zu dieser und wand das eine Ende des Plaids um dieselbe, das andere um ihren eigenen Leib; nun hatte sie einen sicheren Halt; sie konnte mit weniger Gefahr, als das erstemal, Stefan wieder erreichen. Es kam ihr vor, als ob er in der kurzen Zeit merklich vorwärts gerutscht wäre; angstvoll umschlang sie seine Füße. Sollte er ihr unter den Händen entgleiten?

Sie mußte es verhindern, sie umklammerte die Füße, sie wollte sie zu sich herhanziehen, — es mochte ihr nicht gelingen. Sie fühlte jetzt, daß seine Beine bluteten, ihre Hände waren ganz feucht davon, da das Blut durch die Bekleidung hindurch gedrungen. Ihre steigende Angst war nahe daran, sie um alle Besinnungen zu bringen; wieder schrie sie laut mit dem Ausdruck der Verzweiflung in die Nacht hinaus. Alles blieb ruhig und nächtlich still, nichts antwortete ihr.

Und Sepp und Anton, auch sie kommen nicht. Könnten sie nicht schon hier sein? Gewiß, es ist schon lange, seit sie den Hund fortgeschickt habt, es scheint ihr eine Ewigkeit. Aber werden sie überhaupt kommen? Hat sie das Thier auch richtig verstanden? Werden die Burschen verstehen was er will, und ihm sogleich folgen? Tausend Zweifel wachen in ihr auf; einmal möchte sie fort, selbst nach Hülfe suchen. aber sie kann ihn nicht verlassen, sie kann nicht. Sie versucht das Tuch auch über seinen Körper zu schlagen, es um seinen Leib festzubinden, aber es will nicht gelingen, die Stämme und Aeste sind überall im Wege, so vermag sie denn nichts als ihn an den Füßen festzuhalten; sie thut es, sie hält ihn umklammert mit krampfhafter Gewalt. Aber umsomehr werden ihre Muskeln erlahmen, ihr Körper wird in seiner Unbeweglichkeit erstarren. Schon fühlen die Füße den Boden nicht mehr unter sich, die Arme werden steif, und doch glaubt sie noch zu spüren, wie sein Körper ihr unter den Händen dahin rutscht, sie muß ihn noch fester halten, noch fester, es muß sein; sie will es, will es mit der Energie der Verzweiflung, und doch mindert sich von Minute zu Minute die Möglichkeit hierzu; ihre Kräfte versagen, sie wird ihn loslassen im nächsten Augenblick. „Stefan!" ruft sie in Todesangst. „Stefan, komm zu Dir, ich bitte Dich, — hilf' Dir, ich kann es nicht, kann es nicht. — Stefan, Stefan!"

Jetzt ertönt ein Gebell vom Walde her. „Ajax!" schreit sie auf in hoffnungsvollem Entzücken, und ein Jodler antwortet ihr. Sepp, Anton, sie kommen Stefan wird gerettet werden. Schon hat sie ihn losgelassen, und sie versucht es nur mehr, sich selber an dem Gezweige festzuhalten, aber ihre Kraft ist zu Ende; er wird gerettet, sie selbst ist verloren. „Hilfe! Hilfe!" Sie vermag sich nicht länger zu halten, schon läßt die eine Hand von dem Aste, den sie ergriffen hat; sie spürt es kaum, sie hat in den steifen Gliedern keine Empfindung mehr, aber sie sieht, wie sie sich loslöst, — sie will mit den Füßen sich fester stellen, aber ihr ist, als ob sie rollten; jetzt läßt auch die andere Hand los, — sie fühlt sich fallen, — sie stößt einen Schrei aus und verliert das Bewußtsein. — Einige Minuten später sind Sepp und Anton, von Ajax begleitet, an ihrer Seite. Sie war von ihrem Standtpunkt einige Fuß hinabgerollt, dann hatte sie der Plaid, den sie um den Leib gewickelt hatte, aufgehalten.

Die ersten Lichtstrahlen des Morgens, die in das Bibliothekzimmer des Professors drangen, beschienen einen im Fieberparoxismus liegenden Jüngling und ein junges Mädchen, das am Fußende seines Bettes saß, seinen Kopf an die Bettkante gelegt hatte und vor Erschöpfung eingeschlafen war. Ajax lag unter dem Bette und stöhnte laut im Traume. Die alte Kathrein ging geschäftig hin und her, sie suchte Verbandszeug zusammen. Die Füße des armen Stefan waren ja in einem entsetzlichen Zustande. Der blonde Anton sah indeß, mit einem großen Butterbrod in der Hand, zum Fenster hinaus, er glaubte nach der gehabten Anstrengung sich damit regaliren zu dürfen. Von Zeit zu Zeit legte er es weg, wischte die fetten Finger an seiner Lederhose, trat dann an ein Becken mit Wasser und, einen nassen Lappen daraus hervorziehend, legte er denselben auf die heiße Stirn seines ehemaligen Kriegskameraden. Dann kehrte er zum Fenster und zu seinem Butterbrode zurück. Er sah die Straße herunter, er erwartete den Doktor. Sepp war schleunigst nach Seekirchen gelaufen, um denselben zu holen, er sollte hernach zu Hans Wachtler, um diesen ebenfalls von dem Unfall, der Stefan getroffen, in Kenntniß zu setzen — so hatte es Nandl nämlich anbefohlen.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. Verlag: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtlich in Lübeck.